Über den 23. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha Seite 6 1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 10. Juni 1977 — 11. Jahrgang — 50 Pfennig

Für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze

Streiks gegen Stillegungspläne

Vor kurzem traten fast alle Arbeiter, der Großteil der 2.900 Beschäftigten der Kugellagerfabrik SKF in Stuttgart-Cannstatt in einen spontanen Streik, der mehrere Tage dauerte. Sie kämpften gegen die geplante Verlagerung von Teilen der Produktion und gegen die drohende Stillegung des gesamten Werkes. Vor einigen Tagen kam es in dem von Stillegung bedrohten Mannesmann-Röhrenwerk in Düsseldorf-Reisholz zu einem mehrstündigen Streik, den ein Arbeiter stolz mit den Worten charakterisierte: „Das war ein wilder Streik, der war von der Gewerkschaft nicht abgedeckt, den haben wir gemacht."

Beide Streiks — bei Mannesmann waren zwei Demonstrationen vorausgegangen, die unter Führung des Gewerkschaftsapparates standen — stehen dafür, daß die Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen die Rationalisierungs- und Entlassungspläne der Kapitalisten wächst; daß gleichzeitig auch das Mißtrauen und die Empörung über den Gewerkschaftsapparat zunimmt, der mit den Kapitalisten unter einer Decke steckt, ihre Entlassungspläne gegenüber den Kollegen so lange es geht verheimlicht und die Interessen der Arbeiter und ihren Kampf verrät.

Der Streik bei SKF hatte spontan nach einer Belegschaftsversammlung am Mittwoch vor Pfingsten begonnen. „Die Rollenfertigung bleibt hier!" war die Parole der Arbeiter. Wie groß ihre Kampfbereitschaft war, zeigte sich daran, daß auch am Dienstag nach Pfingsten der Streik geschlossen fortgesetzt wurde. An diesem Tag erreichten Vertreter des Betriebsrats und der IGM-Ortsverwaltung durch ein übles Überrumpelungsmanöver den Abbruch des Streiks. Auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung wurde den Kollegen eröffnet, daß sich diese sauberen „Arbeitervertreter" bereits am Freitag abend mit den SKF-Kapitalisten geeinigt hatten! (Am Freitag abend dagegen hatten sie den Kollegen erklärt, die Verhandlungen seien abgebrochen worden!) Das Abkommen, das zwischen den Kapitalisten und dem IGM-Apparat getroffen worden war, bedeutete üblen Verrat an den Interessen und Forderungen der Kollegen. Die Hauptforderung der Kollegen war gewesen: „Keine Verlagerungen!" In dem Abkommen wurde nun zwar gesagt, daß es bis 1979 keine Verlagerungen aus dem Wälzlagerbereich geben sollte, auf der anderen Seite wurde aber festgelegt, daß 22% der Rollenfertigung noch in diesem Jahr verlagert werden sollen.

Das Abkommen stieß auf einhellige Empörung unter den Kollegen. Vor allem auch deshalb, weil noch nicht einmal die Bezahlung der Streiktage vereinbart worden war. Die Empörung war so groß, daß viele Kollegen nach der Betriebsversammlung einfach im Saal sitzenblieben. Hunderte versammelten sich schließlich vor dem Versammlungsraum und riefen: „Wir machen weiter." In kürzester Zeit bildete sich ein Demonstrationszug von 600 Kollegen, der durch das ganze Werk bis vors Verwaltungsgebäude zog.

Kapitalisten und Bonzen bekamen es nun mit der Angst und verhandelten erneut mit dem Ergebnis, daß die Streiktage und einer der beiden Pfingstfeiertage bezahlt werden. Das war ein klarer Erfolg der Kampfentschlossenheit der Kollegen, errungen gegen die Kapitalisten und den Verrat des Gewerkschaftsapparats. Die reaktionäre Betriebsratsclique erkannte die Gefahr, die in dieser kämpferischen Haltung der Kollegen lag und trat jetzt offen gegen jede Weiterführung des Streiks auf, indem sie die Kollegen immer wieder zur Arbeit antrieb.

Zwar gelang es dem IGM-Apparat und der Betriebsratsclique diesmal durch ihre Manöver noch, die Weiterführung des Streiks zu sabotieren. Aber die Empörung der Kollegen gegen diese Arbeiterverräter ist groß. Nach dem Abwürgen des Streiks hat eine Welle von Gewerkschaftsaustritten begonnen. Ganze Abteilungen wollen austreten bzw. haben dies bereits getan.

Auch bei Mannesmann in Düsseldorf-Reisholz kam es im Anschluß an eine Belegschaftsversammlung zum spontanen Streik. Auf dieser Beleg-

Fortsetzung auf Seite 4

„Weserkurier", „Bremer Nachrichten": Belegschaft kämpft gegen Lohnkürzung und Aussperrung (Seite 5)



Die Polizei steht bereit, den Kampf der Kollegen mit Gewalt zu unterdrücken

10 Jahre 'Roter Morgen'

Am 1. Juli 1967 erschien der „Rote Morgen" zum ersten Mal. Damals noch die Zeitschrift der Marxisten-Leninisten in der KPD, wurde er 1968, mit der Gründung der KPD/ML, das Zentralorgan unserer Partei. Zehn Jahre in denen er Ausbeutung und Unterdrückung beim Namen nannte und zum Kampf dagegen aufrief. Zehn Jahre, in denen er die Lehren des Kommunismus, die revolutionäre Linie der proletarischen Revolution unter die Arbeiter, unter die anderen Werktätigen trug. Die Herrschenden in Ost und West hassen ihn, verfolgen ihn, machten ihn zur meistverbotenen Zeitung in Westdeutschland, zu einer Zeitung, die in der DDR nur illegal erscheinen kann. Unter den Werktätigen jedoch hat der „Rote Morgen" immer neue Freunde gefunden.

Zur Feier des 10jährigen Bestehens des „Roten Morgen" laden wir alle Freunde ein: Kommt zu den Pressefesten, die in den unten aufgeführten Orten durchgeführt werden. Wir laden alle Werktätigen ein, diese Feste zu besuchen und die revolutionäre Arbeiterzeitung, den „Roten Morgen", näher kennenzulernen.

Pressefest



KPD/ML

Pressefeste des Roten Morgen

Dortmund: 11. 6., 10-23 Uhr, Westfalenhalle III

Frankfurt: 11. 6., 16 Uhr, Frankfurt-Unterliederbach, Bildungs- und Kulturzentrum

Hamburg: 18. 6., entweder in der Friedrich-Ebert-Halle oder im Curio-Haus. Näheres ist im Parteibüro zu erfragen

Stuttgart: 18. 6., 11-23 Uhr, Stuttgart-Killesberg, Kongreßgebäude, Am Kochenhof, Versammlungsraum I

Westberlin: 11. 6., 15 Uhr, Berlin-Tegel-Ort, Gartenrestaurant Seegarten, Scharfenbergerstr. 26 (zu erreichen ab U-Bahnhof Tegel mit der Buslinie 20)

AUS DEM INHALT

Nord-Süd-Dialog

Das Betrugsmanöver der Imperialisten ist gescheitert

Nach mehrtägigen Beratungen sind in Paris die Verhandlungen des sogenannten „Nord-Süd-Dialogs“ gescheitert. Die Imperialisten des westlichen Lagers, die dort mit Vertretern der Entwicklungsländer an einem Tisch saßen, hatten sich von dieser Konferenz eine „Entschärfung des Konflikts“ versprochen, Entschärfung dadurch, daß die Entwicklungsländer zur Aufgabe des Kampfes gegen das sie versklavende imperialistische Weltwirtschaftssystem bewegt werden sollten.

Worum ging es dabei? Der vielbeschworene „Nord-Süd-Konflikt“ ist der scharfe Widerspruch zwischen einer Handvoll imperialistischer Staaten, an der Spitze der beiden Supermächte, und den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die nach wie vor unter der Ausbeutung und Plünderung durch die Imperialisten leiden. Besonders krass zeigt sich dieser Widerspruch in den gegenwärtigen Handelsbeziehungen, die auch der Hauptpunkt bei den Beratungen des „Nord-Süd-Dialogs“ waren.

Ein tiefer Graben klafft zwischen den hohen Preisen, die die imperialistischen Monopole den Entwicklungsländern für ausgeführte Industrieerzeugnisse abpressen und den äußerst niedrigen Preisen, mit denen dieselben Monopole die Entwicklungsländer für ihre Rohstoffe abspeisen. So erhalten diese Länder immer weniger Devisen für ihre Exporte, während sie immer mehr für die Importe zahlen müssen. 1975 zum Beispiel stiegen die Preise für Industriewaren auf dem Weltmarkt um 10%, auf der anderen Seite sanken die Rohstoffpreise noch unter das Niveau von 1974.

Die Folge: Die Entwicklungsländer verschulden sich immer mehr und geraten dadurch in noch tiefere Abhängigkeit von den imperialistischen Monopolen, sind noch stärker ihren Erpressungen ausgesetzt. Schon heute sind es etwa 250 Milliarden, eine gewaltige Schuldenlast, die auf den ärmsten Ländern der Erde liegt. Jährlich kommen 30 Milliarden dazu und so müssen die Entwicklungsländer immer höhere Kredite aufnehmen, nur um die alten abzubezahlen.

Unter diesen Bedingungen haben die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in den letzten Jahren verstärkt den Kampf gegen die neokolonialistische Ausplünderung geführt. Die Antwort der Imperialisten darauf ist der sogenannte „Nord-Süd-Dialog“. Dadurch, daß sie sich gemeinsam mit den Vertretern der Entwicklungsländer an einen Tisch setzen, wollen sie ihnen vorgaukeln, es gäbe gleichberechtigte Beziehungen zwischen ihnen, oder solche Beziehungen könnten zumindest hergestellt werden. Aber zwischen den imperialistischen Monopolen und den Ländern, die von ihnen ausgeplündert werden, kann es niemals Gleichberechtigung geben, die tiefen Widersprüche zwischen ihnen können niemals auf dem Weg von Verhandlungen gelöst werden.

Das zeigte auch die Konferenz in Paris und das war auch die Ursache für ihr Scheitern. Alles, was die USA-Imperialisten und ihre Verbündeten anzubieten hatten, waren nur neue Manöver, um ihre Kontrolle aufrechtzuerhalten. So hatten die Entwicklungsländer Maßnahmen gegen den Verfall der Rohstoffpreise gefordert. Die Imperialisten präsentierten daraufhin einen amerikanischen Vorschlag, der die Schaffung eines Fonds für Rohstoffe vorsieht, in den Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen einzahlen sollen und der angeblich Preisschwankungen bei den Rohstoffen beseitigen soll. Der Haken dabei: Dieser Fonds soll unter der Kontrolle der von den Wallstreet-Monopolen beherrschten Weltbank stehen. Außerdem weigerten sich die Imperialisten strikt, die Rohstoffpreise über diesen Fonds — wie es die Entwicklungsländer gefordert hatten — den inflationären Industriepreisen anzugleichen. Was kann unter solchen Bedingungen der Fonds für Rohstoffe anderes sein als ein weiteres Instrument der imperialistischen Monopole zur Aufrechterhaltung der neokolonialistischen Handelsbeziehungen?

Genau solche abgefeimten Betrugsmanöver waren auch die anderen Vorschläge der Imperialisten auf der Pariser Konferenz. So sprachen sie viel von Hilfe, als es aber darum ging, einen Teil der Schulden zu erlassen, die diese Blutsauger den ärmsten Ländern aufgebürdet haben, waren sie nicht zu dem geringsten Zugeständnis bereit. Und selbst das Almosen von einer Milliarde Dollar, ein Bruchteil dessen, was sie in einem Jahr aus den Entwicklungsländern herausholen, waren sie nur bereit, unter erpresserischen Bedingungen zu gewähren. Die ölproduzierenden Länder sollten der Bildung eines „weltweiten Energieforums“ zustimmen. Das würde aber bedeuten, daß diese Länder ihren eigenen Zusammenschluß, die OPEC, praktisch auflösen und die Ölpreise nicht mehr gegen, sondern gemeinsam mit den imperialistischen Monopolen festlegen.

Eine andere unverschämte Forderung, die von den imperialistischen Vertretern präsentiert wurde, war die nach einer Garantie für ihre Investitionen in den Entwicklungsländern. Für diese Forderung hatten sie schon vor der Konferenz den Erzrevisionisten Tito gewonnen, der sich stets gerne als Führer der „Dritten Welt“ oder der „Blockfreien“ aufspielt. In einem gemeinsamen Kommuniqué von Tito und Schmidt zum „Nord-Süd-Dialog“ wurden die Entwicklungsländer aufgefordert, mit der „besorgniserregenden entschädigungslosen Enteignung ausländischer Investitionen“ Schluß zu machen.

Das waren, hinter dem Rauchvorhang von „Hilfe, Gleichberechtigung und Solidarität“, die wirklichen Ziele der Imperialisten auf der Pariser Konferenz: Garantien für ein schrankenloses Eindringen der großen Monopolgesellschaften in die Entwicklungsländer; sie sollen nach Belieben die Reichtümer dieser Länder ausplündern und die billige einheimische Arbeitskraft ausbeuten können. Aber die Vertreter der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ließen sich darauf genauso wenig ein wie sie der Zerschlagung der OPEC zustimmten. Sie erklärten vielmehr ihre Absicht, den Kampf um die nationale Kontrolle über ihre Rohstoffe, für stärkere wirtschaftliche Unabhängigkeit fortzusetzen.

In diesem Kampf müssen die Entwicklungsländer weiter ihre Einheit verstärken, sich hauptsächlich auf ihre eigenen Kräfte stützen und sowohl dem offenen Druck wie auch den verschiedenartigen Betrugsmanövern der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte, entschlossen entgegentreten.

Kurz berichtet

MARBURG

Nieder mit der D„K“P/SEW! Es lebe die Sektion DDR der KPD/ML — stand auf dem Zufahrtsweg zu den Lahnwiesen zu lesen, auf denen die D„K“P ihr alljährliches D„K“P-Zelt aufbaute.



WESTBERLIN

Am 22. 5. 77 fand in den Räumen der Roten Garde in Westberlin eine kleine Feier anläßlich des Geburtstags einer Genossin statt, zu der 35-40 Freunde und Genossen gekommen waren. Es wurden einige Volkstänze getanzt, Volks- und Arbeiterlieder gesungen. Eine Tombola zugunsten eines Genossen, der wegen Beleidigung eines „Kontaktbereichsbeamten“ vor Gericht stand, ergab 160 DM.

LUDWIGSHAFEN

Zu einem Pfingstlager in den Pfälzer Wald lud die Rote Garde Ludwigshafen in diesem Jahr ein. Zum Zeltlager kamen unter anderem vier Jugendliche aus einem Metallbetrieb, die bisher noch nicht zum festen Freundeskreis der Roten Garde gehörten. Allen Teilnehmern gefiel das Zeltlager ausgezeichnet, und es wurde vereinbart, öfter Veranstaltungen dieser Art durchzuführen. (Ausführliche Berichte über die Zeltlager der Roten Garde in der beiliegenden Rote-Garde-Zeitung).



Pfingstzeltlager der Roten Garde Duisburg

DORTMUND

Am 31. Mai haben die Hoesch-Zellen eine Veranstaltung zur Lage der Stahlarbeiter und zum Kampf gegen die anstehenden Massenentlassungen, die Kurzarbeit, den Lohnraub und die wachsende Arbeitshetze durchgeführt. In der Rede, die ein Genosse der Partei hielt, wurde aufgezeigt, daß die Stahlkapitalisten in den letzten Jahren Zehntausende von Arbeitern auf die Straße geworfen haben, während sie gleichzeitig ihre Produktion enorm steigerten. Jetzt versuchen sie, die Lasten der Krise mit allen Mitteln auf die Kollegen abzuwälzen. Anschließend berichtete ein Genosse von Phönix über den Kampf gegen die neue Urlaubsregelung und ein Genosse von Krupp über den Kampf der Kranführer gegen Überschichten am Wochenende.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

30 Jahre Marshall-Plan

Ein denkwürdiges Jubiläum?

Vor dreißig Jahren, am 5. Juni 1947, gab der damalige amerikanische Außenminister in einer Rede vor der Harvard-Universität den nach ihm benannten Marshall-Plan bekannt. „Ein denkwürdiges Jubiläum“, schreibt aus diesem Anlaß die „Frankfurter Rundschau“ und behauptet, mit Hilfe dieses Plans sei „Europa wieder zum Leben und Blühen gebracht worden“.

In Wirklichkeit diente der Marshall-Plan jedoch dazu, die Herrschaft des Dollar-Imperialismus über Europa zu errichten, die Völker Europas auszuplündern und zu versklaven und die westeuropäischen Länder zum Aufmarschgebiet und ökonomischen Basis für Aggressionen gegen die Volksdemokratien Osteuropas zu machen. Er war verbunden mit der brutalen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung und der kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern.

Unumwunden gab der spätere US-Außenminister Dean Acheson zu, daß es das Ziel des Marshall-Plans sei, ein gemeinsames System von Weltorganisationen zu schaffen, „in dem die USA eine führende Rolle spielen sollten: die Schaffung einer neuen Weltordnung“.

Um dieses Ziel zu erreichen, pumpten die amerikanischen Imperialisten insgesamt 17 Milliarden Dollar nach Europa, den größten Teil davon nach Deutschland. Diese Anleihen wurden nicht etwa zu Wohltätigkeitszwecken oder aus humanitären Erwägungen gegeben. Es waren Anleihen, die die Völker teuer bezahlen mußten. Bezahlen mit dem Blut ihrer besten Söhne und Töchter wie in Griechenland, wo die Dollaranleihen zur Niederschlagung des bewaffneten revolutionären Kampfes gegen das verhaßte Regime benutzt wurden. Bezahlen mit dem Verlust ihrer Unabhängigkeit, mit dem Griff der amerikanischen Monopole nach den Rohstoffquellen und Reichtümern Europas. Das deutsche Volk bezahlte die Marshall-Plan-Hilfe mit der Zementierung der Spaltung der deutschen Nation, die das Fundament des gesamten Plans war. Der Marshall-Plan war nichts anderes als ein gigantisches, als Hilfe getarntes Kapitalexportgeschäft der amerikanischen Monopole, das den amerikanischen Imperialisten lange Jahre die Vorherrschaft über Westdeutschland sicherte.

Die Exporte, die sich die amerikanischen Imperialisten mit Hilfe des Marshall-Plans auf dem deutschen Markt erzwangen, verschafften den Wallstreet-Monopolen riesige Profite, während sich die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte. So wurden z. B. durch die erzwungenen Buchweizen- und Maisexporte zahlreiche deutsche Bauern ruiniert.

Mit Hilfe des Marshall-Plans päppelten die amerikanischen Imperialisten zugleich die Krupp und Thyssen wieder auf, indem sie ihnen Gelder aus dem Marshall-Plan-Fonds zur Verfügung stellten. So erwies sich der Marshall-Plan als Mittel, um Westdeutschland dem Joch der amerikanischen Monopole zu unterwerfen, um die Herrschaft der deutschen Imperialisten über die Werktätigen wiederzuerrichten, um Westdeutschland zu einem Glied der aggressiven Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus zu machen.

Der Marshall-Plan zeigt die aggressive, räuberische Natur des amerikanischen Imperialismus, zeigt, wie gefährlich es ist, auf die „Hilfe“ dieses Räubers zu vertrauen, weil diese „Hilfe“ und der „Schutz“, den der amerikanische Imperialismus den Völkern demagogisch anbietet, lediglich in ihrer Versklavung und Unterjochung besteht. Damals wie heute.

Offen gesagt ...

Bonner Revanchisten

„Wie auch immer die Zukunft Deutschlands sein wird, immer wird auch Schlesien in diese Zukunft einbezogen werden.“ Das erklärte der Chef der „Landsmannschaft Schlesien“, der Bonner CDU-Politiker Hupka, auf dem Pfingsttreffen seines Revanchistenverbands in Essen. Zur gleichen Zeit fand in Wien ein „Sudetendeutscher Tag“ statt, in Husum traf sich die „Landsmannschaft der Pommern“. Getarnt als Treffen zur Pflege kultureller Traditionen, waren all diese Versammlungen doch politische Demonstrationen, auf denen offen die Revision der Grenzen Deutschlands, wie sie im Potsdamer Abkommen festgelegt sind, gefordert wurde. Nicht umsonst trugen zahlreiche Teilnehmer an diesen Veranstaltungen Plaketten, die Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigten.

Aber nicht nur das „Großdeutsche Reich“ der Hitler-Diktatur ist es, wovon die Revanchisten-Verbände träumen. Sie ernannten sich auch zu Sprechern der osteuropäischen Völker. So tönte Hupka: „In dem Maße, in dem ein neues freies Europa gebaut wird, werden und wollen wir immer auch Anwalt der Mitgliedschaft eines freien Polens in diesem Europa sein.“

Die Hupka, Becher und wie diese Berufsvertriebenen alle heißen, sind sie die Ewiggestrigen, die kalten Krieger aus dem Rechtskartell, die im tiefen Widerspruch zu der Entspannungspolitik der Bonner Koalition stehen? Das behaupten jedenfalls die D„K“P-Revisionisten. Die Tatsachen allerdings sprechen eine andere Sprache. Alle Aufmärsche der „Landsmannschaften“ hatten den offiziellen Segen Bonns. Zum Sudetentreffen schickte Schmidt sogar — mit „besonderen Grüßen“ — seinen Minister Ertl. Und auch der Blick des Ministers ging weit über Deutschland hinaus. Er verbreitete sich darüber, daß die Nationen Mittel- und Südosteuropas jahrhundertelang eine „Schicksalsgemeinschaft in einer gemeinsamen Heimat“ gebildet hätten. Was er damit meinte, waren die alten, vom Kampf der Völker längst zerschlagenen Kaiserreiche Deutschland und Österreich. Und die stellte er hin als Vorbild und Beispiel für das Europa von heute, wie es die westdeutsche Bourgeoisie zu schaffen gedenkt.

Was unterscheidet denn diese unverblümten Äußerungen von den Tiraden eines Hupka? Die „Schicksalsgemeinschaft“, die Ertl hier anpreist, das ist das Joch des Völkergefängnisses. Denn nichts anderes waren die alten imperialistischen Kaiserreiche. Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Serben, Kroaten, sie alle waren ihrer nationalen Rechte beraubt und litten schwer unter der grausamen Unterdrückung durch die deutschen und österreichischen Herren. Dafür macht Ertl jetzt Stimmung, das hatten auch die Hitlerfaschisten auf ihr Panier geschrieben, als sie im Namen der „überlegenen deutschen Herrenrasse“ die Völker Osteuropas unter ihre Herrschaft zwangen.

Das Auftreten Ertls macht einmal mehr deutlich, warum die Revanchisten-Verbände für ihr provokatorisches Auftreten und ihre offenen Forderungen nach einer Revision der Grenzen stets grünes Licht aus Bonn bekommen. Aber die Völker Osteuropas, die einen langen heldenhaften Kampf gegen die Versklavung geführt haben, auf denen heute das Joch der russischen Sozialimperialisten lastet, sie wollen dieses Joch nicht abschütteln, nur um sich ein anderes auferlegen zu lassen. Sie kämpfen für ihre vollständige Befreiung und in diesem Kampf wird das deutsche Volk stets an ihrer Seite stehen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

'Freundschaftsvertrag' zwischen Gierek und Honecker

Ein Pakt auf dem Rücken der Arbeiterklasse

150.000 Jugendliche aus Polen und der DDR waren nach Frankfurt an der Oder abkommandiert. Sie gaben die Kulisse für das Schauspiel ab, mit dem sich die revisionistischen Chefs Polens und der DDR, Edward Gierek und Erich Honecker, für die Unterzeichnung ihres Vertrages über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" feiern ließen. Da war die Rede von einem „historischen Ereignis", „ewigem Bruderbund der Völker", da beriefen sich Gierek und Honecker auf den Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus. Aber ihre Worte hatten einen hohlen Klang, denn sie kamen aus dem Mund von kapitalistischen Ausbeutern und Faschisten, von Renegaten und Verrätern, die sich mit Haut und Haaren an die neuen Zaren im Kreml verkauft haben und deren ganze Demagogie nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß sie geschworene Feinde des polnischen und des deutschen Volkes sind.

Jahrhundertelang haben die herrschenden Klassen in Deutschland und Polen den Haß zwischen beiden Völkern geschürt, Zwietracht gesät und die chauvinistische Hetze angestachelt. Die polnischen Pans und die deutschen Fürsten führten Raubkriege gegeneinander, die schwer auf den Volksmassen lasteten. Die Feudalherren, Großgrundbesitzer und Kapitalisten Polens, vor allem aber Deutschlands, nutzten jede Gelegenheit, sich auf Kosten des anderen zu bereichern. Die preußischen Könige zerstückelten Polen, um es als Nation auszulöschen und das Volk zu unterjochen. Unvorstellbare barbarische Verbrechen am polnischen Volk verübte der deutsche Imperialismus, als die Armeen Hitlers Polen überfielen.

„Zur fluchbeladenen reaktionären Vergangenheit", behauptete SED-Chef Honecker in Frankfurt, „wird es keine Rückkehr geben." Aber solange in Deutschland und Polen kapitalistische Ausbeuter herrschen, auch wenn sie sich hinter einer sozialistischen Maske verstecken, bleiben die Schatten der Vergangenheit lebendig.

Beistandspakt gegen den revolutionären Kampf der Arbeiter

In Polen und der DDR herrscht nicht etwa die Arbeiterklasse, wie es im Vertrag demagogisch behauptet wird. Längst wurde die Diktatur des Proletariats, die die polnische und ostdeutsche Arbeiterklasse in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg errichtet hatten, wieder zerstört. Die revisionistischen Cliquen, die in beiden Ländern die Macht ergriffen haben, beseitigten die sozialistischen Produktionsverhältnisse und haben den Kapitalismus wiederhergestellt. Brutale Ausbeutung und faschistische Unterdrückung kennzeichnen heute die Lage der Werktätigen in Polen und der DDR.

Der Schutz und die Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung ist deshalb der eigentliche Sinn dieses sogenannten „Freundschaftsvertrages". Er ist ein regelrechter Beistandspakt der herrschenden revisionistischen Cliquen gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen. Wenn es in der Präambel des Vertrages demagogisch heißt, daß die „Festigung und Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus . . . die internationalistische Pflicht der sozialistischen Staaten ist", dann bedeutet das im Klartext, daß ostdeutsche Panzer und Soldaten in Polen aufmarschieren sollen, um den revolutionären Kampf der polnischen Arbeiterklasse niederzuschlagen. Und genauso ist es umgekehrt. Schon im vergangenen Jahr, als sich die Arbeiter in Radom, Ursus, Warschau und überall in Polen erhoben und die Gierek-Clique innerhalb von 24 Stunden zwangen, die angekündigten Preiserhöhungen zurückzunehmen, wurden die Truppen der DDR in Alarmbereitschaft versetzt.

Gierek, an dessen Händen das Blut der Arbeiter von Radom und Ursus klebt und Honecker, der an der Mauer morden läßt, mögen sich noch so sehr auf die revolutionären Traditionen der Völker Polens und Deutschlands berufen und die „Unterstützung" und das „Vertrauen" beschwören, das sie angeblich genießen, in Wirklichkeit vertreten sie doch nur die finsterste Reaktion und werden von den Werktätigen gehaßt.

Nach dem zweiten Weltkrieg, als in Polen und in der DDR die Arbeiterklasse die Macht ausübte, gab es tatsächlich Ansätze zu einer engeren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland. 1950 wurde der Vertrag über die Oder-Neiße-Friedensgrenze geschlossen und Volkspolen unterstützte nicht nur den Kampf des deutschen Volkes für die Verwirklichung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, sondern auch den Kampf für die Errichtung des Sozialismus in ganz Deutschland. Damals beruhten die Beziehungen zwischen Polen und der DDR tatsächlich auf dem Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus.

Ein Vertrag zwischen Kapitalisten

Mit der revisionistischen Entartung beider Staaten wandelte sich jedoch der Charakter dieser Beziehungen zu solchen, wie sie zwischen den Bourgeoisien der kapitalistischen Länder bestehen. Die neue Bourgeoisie der DDR beutet nicht nur die ostdeutsche Arbeiterklasse aus, sondern auch Tausende polnischer Arbeiter, die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, weil es dort für sie keine Arbeit gibt. Die polnischen Arbeiter in der DDR werden von der revisionistischen Clique ähnlich behandelt wie hier bei uns die Arbeiter aus der Türkei, Spanien, Griechenland usw.: als Menschen zweiter Klasse. Der Streik, den vor kurzem polnische Arbeiter in einer thüringischen Industriestadt für höhere Löhne geführt haben, zeigt dies deutlich. Dieser Streik wurde von der VoPo brutal zusammengeknüppelt.

Auch in den gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und der DDR herrscht nicht mehr das Gesetz der gegenseitigen Hilfe und brüderlichen Unterstützung, sondern das Recht des Stärkeren. Die neue ostdeutsche Bourgeoisie beteiligt sich an der Ausplünderung der Reichtümer Polens. Ein deutliches Zeichen der wachsenden Spannungen und Widersprüche, die sich daraus zwischen den revisionistischen Cliquen entwickeln, waren die Wirtschaftsverhandlungen vor zwei Jahren, als es nur mit Mühe gelang, zu einer Einigung zu kommen. Viermal wurde der Zloty innerhalb von fünf Jahren gegenüber der Mark abgewertet und die polnische Handelsbilanz gegenüber der DDR ist chronisch passiv. Die im „Freundschaftsvertrag" beschlossene Koordinierung der Wirtschaftspläne bis zum Jahr 1985 hat deshalb nichts mit „sozialistischer Integration" zu tun. Um so mehr dafür etwas mit kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Ausplünderung.

Man darf außerdem nicht vergessen, daß Polen und die DDR vollständige Satelliten der sowjetischen Sozialimperialisten und keine souveränen Staaten sind, wie es im Vertrag behauptet wird. Als treue Lakaien ihrer Moskauer Herren bekräftigten Gierek und Honecker auch in ihrem „Freundschaftsvertrag" ihre Unterwerfung unter die neuen Kremlzaren. Gierek und Honecker begrüßten die russischen Besatzertruppen in ihren Ländern und die Spaltung Deutschlands. In dem Vertrag findet sich deshalb auch kein einziges Wort mehr über die Einheit Deutschlands, er ist im Gegenteil auf der Grundlage der verräterischen Theorien von den zwei deutschen Nationen abgefaßt.

Vorkämpfer gegen den Revanchismus?

In dem Vertrag gibt sich die Gierek- und Honecker-Clique den Anschein von Vorkämpfern gegen den westdeutschen Revanchismus und Militarismus. In Wirklichkeit sind sie jedoch die besten Busenfreunde der räuberischen westdeutschen Monopole. (Warum hätte Gierek sonst dem Krupp-Chef Beitz einen Orden um die Brust hängen sollen?) Die Gierek-Clique hat Polen nicht nur an den russischen Sozialimperialismus verkauft, sondern auch zum Tummelplatz der Krupp und Thyssen gemacht. Sie scheute sich sogar nicht, mit den westdeutschen Imperialisten einen schmutzigen Menschenhandel abzuschließen. In den Verträgen, die die revisionistischen Cliquen mit den Bonner Revanchisten abgeschlossen haben, werteten sie den westdeutschen Imperialismus auf, verzichteten auf die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die verbindliche Erklärung, daß die Grenze zwischen Polen und der DDR unveränderlich sei, schanzten ihm Vorteile und Positionen zu, die es ihm ermöglichten, seine wirtschaftliche und politische Expansion in Osteuropa zu verstärken. Der angebliche Kampf Giereks und Honeckers gegen den Revanchismus ist nur Schein. In Wirklichkeit arbeiten sie mit ihm zusammen und fördern ihn, wie es aufgrund ihrer Klassennatur auch gar nicht anders sein kann.

Mit einem Wort: Der „Freundschaftsvertrag" zwischen Polen und der DDR richtet sich gegen die Arbeiterklasse und ihren revolutionären Kampf, er ist ein Vertrag zwischen kapitalistischen Ausbeutern. Die Freundschaft zwischen dem deutschen und polnischen Volk kann nicht durch diese Faschisten und Renegaten verwirklicht werden, sondern nur im revolutionären Kampf gegen sie. Bekräftigen wir deshalb die Worte, die der „Rote Morgen" anläßlich des gemeinsamen Kommuniques zwischen unserer Partei und der KP Polens vor einem Jahr geschrieben hat:

Die Revolution muß solidarisch sein!

„Wir sind für die Verständigung, die Aussöhnung, die Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk. Doch diese Freundschaft kann und wird es nur geben durch die sozialistische Revolution in Deutschland und Polen oder es gibt sie nicht. Was es allerdings schon heute gibt, was es immer gegeben hat, das ist die revolutionäre Verbundenheit zwischen dem polnischen und deutschen Proletariat und seinen revolutionären Vorhutparteien. Üben wir Solidarität, vertiefen wir diese Verbundenheit, wie sie im gemeinsamen Kommunique unserer Bruderparteien, der KPP und der KPD/ML zum Ausdruck kommt. Sorgen wir dafür, daß, wenn das heroische polnische Proletariat wieder einmal, wie 1970 in den polnischen Hafenstädten zum Aufstand schreitet, dieser Aufstand auch in Rostock, Wismar, Kiel, Hamburg und Bremen seine Unterstützung findet, daß er sich ausweitet zur sozialistischen Revolution in Polen und Deutschland. Gehen wir selbst voran! Heben wir das Banner der proletarischen Revolution in unseren Ländern. **Die Revolution muß solidarisch sein!"**

'Die Grossen lässt man laufen!'

Korrespondenz — Bei einem schweren Betriebsunfall, der sich am Ende des letzten Jahres auf einer Baustelle in der Turkmenischen SSR ereignete, kamen jetzt einige Fakten an den Tag, die ein bezeichnendes Licht auf das Leben der neuen sowjetischen Bourgeoisie werfen. Sogar die revisionistische Zeitung „Komsomolskaja Prawda" sah sich genötigt, am 6. April dieses Jahres in einem Artikel auf die Vorfälle einzugehen und bei einigen Entscheidungen der Staatsorgane Zweifel anzumelden.

Folgendes war passiert: Im Oktober letzten Jahres machte sich Mjatijew, Direktor einer Abteilung des staatlichen Trusts „Turkmenelektroselstroj" in Tschardshou, zu einer Dienstreise auf. Kurz vor seiner Abreise kam man zu ihm, da man auf irgendeiner Baustelle einen Kran brauchte, der Kranführer aber gerade „gefeuert" worden war. Was tun? Mjatijew befahl einfach einem Arbeiter, der seit Jahrzehnten keinen Kran mehr bedient hatte, diese Arbeit auszuführen. Anfangs weigerte sich der Arbeiter, doch als der Chef lauter wurde und den Kollegen einschüchterte, willigte er letztendlich ein. Der Direktor trat seine Dienstreise an. Bei der Arbeit mit dem Kran geschah nun das Unglück: tödlicher Unfall eines Arbeiters, der von dem umstürzenden Kran erschlagen wurde.

Eine Kommission, die den Vorfall untersuchte, kam zu dem Schluß, daß der Direktor nicht belangt werden könne, da er zum Zeitpunkt des Unglücks ja nicht anwesend war und daher auch keine Verantwortung für die Durchführung seiner Anordnung habe übernehmen können. Die Verantwortung habe vielmehr bei einem Ingenieur gelegen, den der Direktor für die Zeit seiner Abwesenheit zum „Diensthabenden" erklärt hatte. Dieser kannte zwar die Anordnung des Direktors bezüglich des Krans gar nicht, aber das half ihm gar nichts. Um einen Sündenbock zu haben, der möglichst nicht aus den „höchsten Etagen" stammt, wird der Ingenieur zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Doch neben dieser schreienden Ungerechtigkeit, daß der Mörder überhaupt nicht belangt wird — der Direktor wurde nicht einmal angeklagt, er trat bei der Verhandlung als Zeuge auf — kommen bei diesem Fall noch einige interessante Tatsachen über den Lebensstil der Fabrikdirektoren und ihresgleichen heraus: Mjatijew war 1974 zum neuen Direktor der Abteilung Tschardshou ernannt worden. Bis zu diesem Zeitpunkt war er zwar auf einer ländlichen Baustelle Baustellenleiter gewesen. In Tschardshou erhielt er eine Vierzimmerwohnung, wovon ein einfacher russischer Werktätiger nicht einmal zu träumen wagt. Doch Mjatijew benutzte diese Wohnung kaum, seine Familie war in der alten Wohnung auf dem Lande geblieben, er selbst befand sich sehr oft auf Dienstreise. Die Anweisungen für die Dienstreisen stellte er sich als Direktor natürlich selbst aus, genauso wie er die Benzin- und übrigen Rechnungen mit Firmengeld beglich. Doch die angeblichen Dienstreisen Mjatijews waren nichts anderes als Heimfahrten zu seiner Familie. Im Jahre 1975 verbrachte der Direktor 146 Tage bei seiner Familie, 1976 waren es 138 Tage.

Nehmen wir einmal an, die dargestellten Fakten sind die einzigen „Verfehlungen" des Direktors — obwohl man sicher sein kann, daß sich dort noch viel mehr Dreck befindet, den die Zeitung nicht aufzudecken wagte —, so zeigt dieser Fall doch mit aller Eindringlichkeit, welches Schmarotzerdasein die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion führt, zeigt, daß sie selbst einen Mord nicht zu verantworten braucht, wird er nur im Sinne der kapitalistischen Profitwirtschaft begangen.

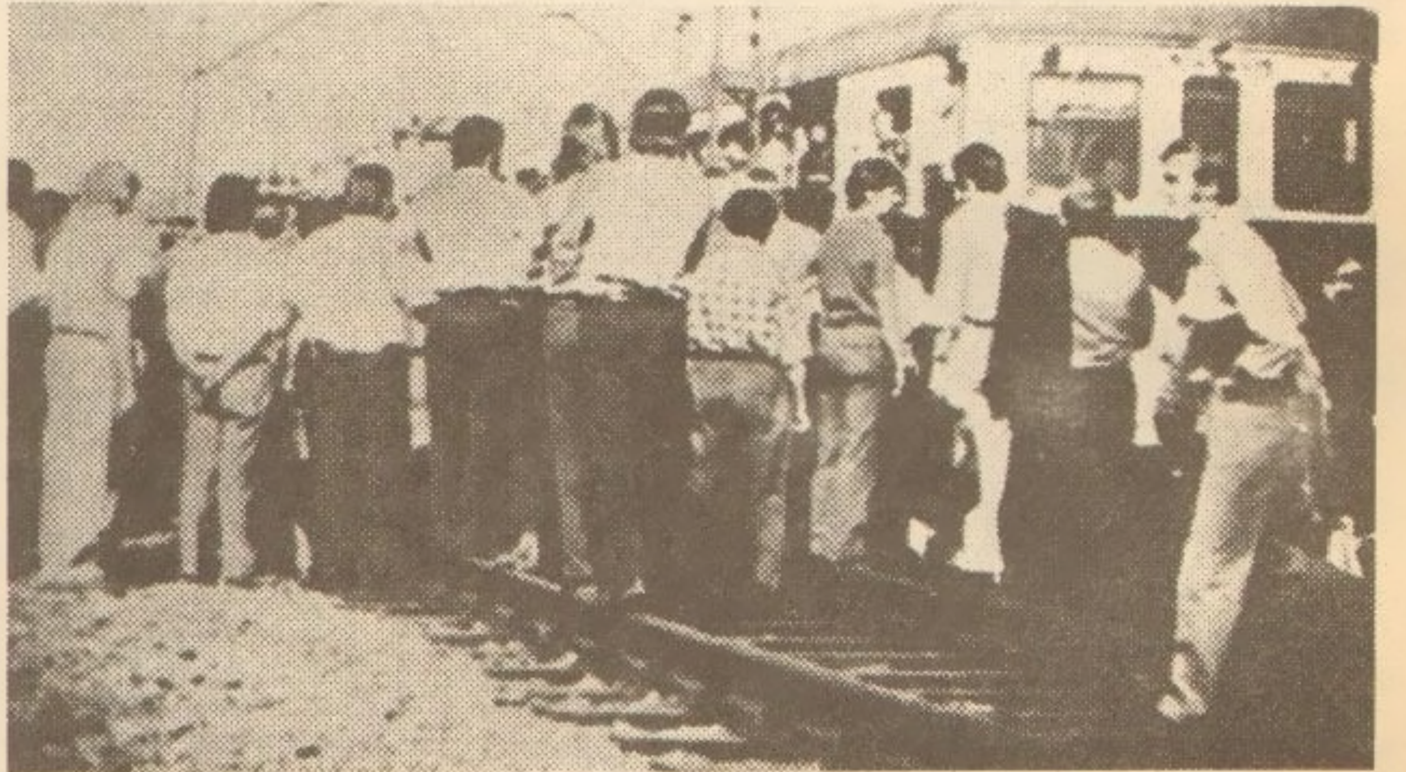
Noch eine kleine Nachbemerkung: Mjatijew arbeitet noch heute als Direktor der Abteilung Tschardshou.

Die KP Polens entlarvt Giereks 'Nachsicht'

Die Zeitung „Rote Fahne", Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens, entlarvt in dem Artikel „Arbeiter, zeigt Reue und ihr werdet wie die Schafe geschoren" die Demagogie Giereks, der die Staatsanwaltschaft und die Gerichte angewiesen hat, Nachsicht gegenüber den an den Ereignissen vom 25. Juli beteiligten Arbeitern zu üben, die nun Reue zeigen und versprechen, daß sie nie mehr den Weg der Verbrechen betreten werden. Das heißt, daß sie niemals gegen die Preiserhöhungen für Massenbedarfsartikel streiken werden.

Der ganze faschistische Apparat bei den Juliereignissen auf Befehl der Gierek-Clique aus unschuldigen Menschen, die verprügelt, zu mehreren Jahren Kerker bestraft und entlassen wurden, Verbrecher fabrizierte, heute derselbe Apparat angesichts des zunehmenden Widerstands der polnischen Arbeiterklasse sich großherzig zeigt und eine Komödie der Barmherzigkeit aufführt unter der Voraussetzung, daß sich die Arbeiter reuig erweisen.

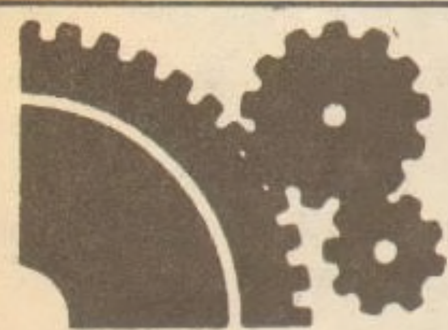
In der „Roten Fahne" wird ferner unterstrichen, daß hinter der zynischen Heuchelei und den Betrugsmanövern der Gierekclique nackte Angst steckt, angesichts der sich verstärkenden Empörung der Arbeiterklasse und ihres Widerstands gegen das wirtschaftliche Chaos, die polizeiliche Unterdrückung und die Entwicklung des Kapitalismus in Polen.



Streikende Arbeiter des Traktorenwerkes Ursus haben den Zug Berlin—Warschau gestoppt.

Der Mann also, der der Polizei befahl, die streikenden Arbeiter zu massakrieren, tritt jetzt heuchlerisch in der Rolle des Wohltäters auf. In dem Artikel wird ferner hervorgehoben, daß, während der bürokrati-

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Vergiftung einkalkuliert

Liebe Genossen,

Nach dem Krieg hat der Kunststoff in unserem Beruf (Modelltischler) eine immer größere Bedeutung bekommen. Heute sieht es so aus, daß wir im Schnitt ein Drittel der Arbeitszeit mit Kunststoff arbeiten. Für die Kapitalisten bedeutet das verkürzte Herstellungszeit, also mehr Profit, und für uns eine Arbeitserleichterung. Für unsere Gesundheit aber eine immer größere Gefahr. Das Schlimmste sind die Dämpfe, die beim Verarbeiten und Aushärten entstehen. So habe ich mit einem Kollegen eine Woche nur Kunststoff verarbeitet; während dieser Zeit habe ich nur ein Drittel von dem gegessen, was ich sonst esse, da mir schlecht wurde. Durchfall schloß sich gleich an. Der andere Kollege erzählte nach drei Tagen, daß er mindestens 1 Kilo abgenommen hat.

Bei den Vorbereitungs- und Abschlußarbeiten der Kunststofformen muß das Modell getrennt und hinterher mit Nitroverdünnung abgewaschen werden. Auf den Trennmitteldosen steht drauf: „Warnung! Dämpfe nicht einatmen, giftig". Da aber beim Trennen sich die Dämpfe in der ganzen Werkstatt verteilen, ist so eine Warnung nur ein Alibi für die Hersteller. Das einzige Mittel der Warnung Folge zu leisten, wäre, sich das Atmen abzugewöhnen. Wenn der Kunststoff ausgehärtet ist, muß er meistens nachgearbeitet werden. Entweder gefräst, geschliffen oder mit einer biegsamen Welle. Dadurch entsteht ein ganz feiner Staub, der aus Glasfaser, ausgehärtetem Kunststoff und Füllstoff besteht, der durch das Atmen in die Lunge und in den Magen eindringt und sich dort festsetzt.

Der dritte Angriff auf die Gesundheit ist zwar nicht minder gefährlich, aber seine Auswirkungen sind viel schneller zu erkennen und zu verfolgen. Das sind die berüchtigten Kunststoffvergiftungen. Beim Anrühren oder Verarbeiten des Kunststoffs ist es oft gar nicht zu vermeiden, daß das Harz mit den Händen in Berührung kommt. Die Kunststoffe, die wir verarbeiten, reagieren aggressiv auf der Haut. Dringen erstmal die giftigen Bestandteile des Kunststoffs durch die Haut oder bei den offenen Wunden ins Blut, ist es zu spät. Unter den Kollegen kommt dann der Ausdruck: „Hast Dir jetzt auch das Blut versaut."

Da von dem Moment an die Haut so empfindlich gegen Kunststoff (auch Kunststoffstaub), Nitroverdünnung und andere Chemikalien reagiert, bekommt man in regelmäßigen Abständen eine Vergiftung. Das erste Stadium ist ein Juckreiz. Das nächste Stadium ist Austrocknen der Haut. Das letzte Stadium, was erst vor kurzem ein Kollege hatte, ist das Wegfressen der Haut. Er hatte an den Händen drei 5-Mark-Stück große Stellen, wo nur noch das rohe Fleisch zu sehen war. Der Kollege war über zwei Monate krank und wurde mit Bestrahlungen und Salben behandelt. Über die wirklichen Ausmaße und die Giftigkeit werden in keinem Betrieb die Kollegen informiert. Auch die Zusammensetzung des Kunststoffes wird vom Hersteller bzw. von den verarbeitenden Betrieben verheimlicht. Das einzige, worauf man hingewiesen wird, ist das Eincremen, da der kurzfristige Ausfall von Kollegen für die Kapitalisten Profitverlust bedeutet.

Daß die Kapitalisten bewußt und auch offen mit unserer Gesundheit spielen, habe ich erst vor kurzem an einem Beispiel erfahren. Ein Kollege erkrankte an Kunststoffvergiftung, was der Betriebsleiter schon länger kommen sah, da er schon über drei Jahre mit Kunststoff gearbeitet hat. Bis jetzt hat das in der Firma noch keiner länger als zweieinhalb Jahre durchgehalten. So haben die Kapitalisten aus einem relativ harmlosen Arbeitsplatz einen geschaffen, bei dem die Berufskrankheit von vornherein einkalkuliert ist. Denn die Vergiftung kommt so bestimmt wie das Amen in der Kirche.

Rot Front!

Dörnemann/Recklinghausen: Ein Erfolg im Kampf

Am 25. 5. fand die Betriebsratssitzung statt, auf der der Betriebsrat meine Entlassung beschließen wollte. Aber es kam nicht zu einer Abstimmung, ich bin weiter Roter Betriebsrat. Der Betriebsratsvorsitzende hatte einen Rückzieher gemacht. Wie kam es dazu?

Um sich ein Bild von der gesamten „Sachlage" zu machen, hatte der Betriebsrat verschiedene Zeugen geladen, diese Zeugen sollten beweisen, daß ich für die KPD/ML Unterschriften gesammelt habe. Im Kündigungsschreiben der Kapitalisten hieß es, ich hätte mich parteipolitisch betätigt. Aber das wurde ein Reinfall. So sagte ein Lehrling: „R. hat zwar Unterschriften gesammelt, aber nicht für die KPD/ML, sondern für einen Genossen seiner Partei, der von der DDR-Regierung verhaftet wurde." Weiter hatte der Betriebsrat eine Erklärung des Vaters dieses Lehrlings vorliegen, in der es hieß, „daß der Betriebsrat R. T. seinen Sohn politisch überzeugen wollte." Aber auch dieses Papier wurde ein Reinfall für den Betriebsrat, denn auf meine Frage, wie das Ganze zustandegekommen sei, sagte er: „Herr Vierhaus (Personalchef) sei mit einem fertigen Papier zu seinem Vater gekommen und habe ihn zu einer Unterschrift unter dieses Papier bewegt.

Als ein anderer Betriebsrat, der mich unterstützt, darauf sagte: „Da sieht man also, das ist alles von der Firma inszeniert, um Rudi rauszuschmeißen, ich bin gegen seine Kündigung", da rief der Betriebsratsvorsitzende: „Das sind alles Unterstellungen, R. ist selber Schuld." Dann stellte ich den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung zu streichen, weil der Betriebsrat über meine Kündigung nicht mehr abstimmen kann, da die Frist von 3-14 Tagen verstrichen war, und ich nun nicht mehr kündbar sei. Nach langem Hin und Her mußte der Betriebsrat zugeben, daß das stimmt. Er wolle aber trotzdem noch alle Zeugen hören.

Nun wurde ein anderer reaktionärer Betriebsrat nervös. Er sagte, so ginge das alles nicht, es sei doch bekannt, daß ich Untergrundarbeit gegen den Betriebsrat betreibe, daß es für den Betriebsrat und für die Firma unzumutbar sei, wenn ich weiterhin im Betrieb bleibe. Als Beweise führte er an, daß ein Kollege auf der Baustelle in Berlin eine „Volksrede" gegen meine Entlassung gehalten habe.

Im weiteren Verlauf der Betriebsratssitzung wurde klar, daß der Betriebsrat über weitere Aktionen Bescheid wußte. Sie standen auf heißen Kohlen. Auf der einen Seite die Aktionen der Kollegen, Unterschriftensammlung, Versammlung, Diskussionen unter den Kollegen auf den Baustellen, wie in Herten, Marl usw. Sie befürchteten größere Unruhe unter den Kollegen, sie bekamen Angst. Deshalb stimmten sie nicht mehr ab. Es ist ein Erfolg, den die Kollegen im Kampf mit ihrem Roten Betriebsrat errungen haben. Es beweist den Kollegen, daß, wenn man sich zusammenschließt gegen Kapital und Betriebsrat und gegen die Verräter, man dann Erfolge erringen kann. Als ich den Kollegen davor berichtete, war die Freude groß!

7%-Lohnraubabschluß in Rheinland-Pfalz

Niederträchtiger geht es kaum

Mit einem Lohnraubabschluß von 7% ab Mai und einer Pauschale von 165 DM (bzw. 175 DM bei BASF) für April wurde die Tarifrunde in der rheinland-pfälzischen Chemieindustrie abgeschlossen. Knapp eineinhalb Wochen nachdem sich über 80% der Chemiearbeiter in Rheinland-Pfalz in der Urabstimmung für Streik ausgesprochen hatten, setzten die Bonzen der IG Chemie, nach Verhandlungen mit den Kapitalisten und Bundesarbeitsminister Ehrenberg ihre Unterschrift unter den schändlichen Abschluß. Noch in derselben Nacht, als die „Tagesschau" schon die Einigung meldete, ließen sie die Vertrauensleute der Nachtschicht bei BASF zusammenrufen, händigten ihnen die Notdienstausweise aus und taten so, als ob am nächsten Tag der Streik beginnt.

Um einen wirklichen, konsequenten Kampf der Kollegen für echte Lohnerhöhungen zu verhindern, hatte der IG-Chemie-Apparat von Anfang an eine niederträchtige Streikbruchtaktik verfolgt. Obwohl sie die ganze Zeit tönten: „Nieder mit dem Lohndiktat der Unternehmer!" und: „Jetzt setzen wir unsere Kraft ein!" ignorierten die Bonzen das eindeutige Votum der Kollegen für Streik. Sie organisierten stattdessen den Streikbruch. Dabei gingen sie soweit, in einem ihrer Flugblätter die Kollegen nicht nur vor „Einzelaktionen" zu warnen, sondern auch gegen den Streik der Druckereiarbeiter im vergangenen Jahr zu hetzen, von dem sie behaupteten, die Kollegen hätten sich durch ihren Kampf den Kapitalisten ans Messer geliefert.

Wir sprachen mit einem revolutionären Vertrauensmann der BASF über die Streikbruchtaktik des IG-Chemie-Apparats und seine Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Der Kollege sagte uns:

„Nach dem eindeutigen Votum für Streik verschärften die Geschäftsleitung und der IG-Chemie-Apparat alle Maßnahmen zur Verhinderung eines Streiks. Der IG-Chemie-Apparat hatte die Aufgabe übernommen, die Kollegen vollständig im Dunkeln tappen zu lassen und alle eigenen Streikvorbereitungen zu verhindern. Sie würgten alle Kampfmaßnahmen ab. Damit halfen sie der Geschäftsleitung, alle vom „Arbeitsring der Chemischen Industrie" angeordneten Richtlinien zur Niederschlagung eines Arbeitskampfes durchzusetzen." In der letzten Woche vor dem Abschluß konnten die BASF-Kapitalisten es sogar provokativ wagen, an den Toren Richtmikrophone und Fernsehkameras zu installieren, um die Kollegen zu bespitzeln. Außerdem ließen sie einen blauen Strich um das Werk ziehen und drohten im Falle eines Streiks jedem, der die blaue Linie überschreitet, mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

„Durch wochenlange Appelle zu neuen Verhandlungen", sagte uns der rote Vertrauensmann weiter, „hielten sie die Kollegen hin. Um den Schein eines ‚Kampfes' aufrechtzuerhalten, wurde um eine Notdienstvereinbarung ‚gerungen', wurde verkündet, die Verhandlungen darüber seien ‚geplatzt'.

Doch in der Nacht von Samstag auf Sonntag holte man alle Vertrauensleute von der Schicht und verteilte Notdienstausweise, die genau den Vorstellungen der Geschäftsleitung entsprachen. Die Maßnahmen der Geschäftsleitung und die Streikbruchtaktik des IG-Chemie-Apparates führten bei schwankenden Kollegen zu Resignation, aber bei entschlossenen zu noch entschiedenerem Vorgehen.

Letzten Mittwoch gelang es der Streikleitung und den Betriebsräten nur mit größter Mühe, die Kollegen der Chlorfabrik, einem Schlüsselbetrieb, und in anderen Betrieben von der Arbeitsniederlegung abzuhalten. Alle diese Maßnahmen trugen dazu bei, daß viele Kollegen die Abwiegelung durchschauten und nach selbständigen Kampfmaßnahmen riefen. Um dem entgegenzutreten rief die IG-Chemie-Führung am Freitag zu einem zweistündigen Warnstreik außerhalb des Werkes auf. Als anschließend die Kollegen vor das Direktionsgebäude ziehen wollten, lösten sie schnell die Demonstration auf und schickten die Kollegen wieder an die Arbeitsplätze.

Die BASF und der IG-Chemie-Apparat haben zu jeder Zeit und in jeder Situation zusammengearbeitet und ihre Maßnahmen zur Niederschlagung eines Streiks aufeinander abgestimmt. Der Kampf hat gezeigt, daß der IG-Chemie-Apparat voll und ganz im Dienst des Kapitals arbeitet."

Wir fragten den revolutionären Vertrauensmann, wie der Kampf jetzt weitergehen soll.

„Die KPD/ML hat in jeder Phase des Kampfes mit ihrer ‚Roten Kolonne' die Streikbruchtaktik des IG-Chemie-Apparates bekämpft und die Kollegen aufgefordert, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen. Im Betrieb fanden die Betriebszeitungen Zustimmung. In einer Gaststätte vor dem Tor 3 lasen Kollegen die ‚Rote Kolonne' laut vor. Es hat sich gezeigt, daß die Kollegen bereit sind konsequent zu kämpfen, auch gegen den Gewerkschaftsapparat. Der Gewerkschaftsapparat muß jetzt eine zweite Urabstimmung durchführen. Wir werden dazu aufrufen, das Ergebnis abzulehnen ohne die Illusion zu erwecken, daß sich der Gewerkschaftsapparat dadurch zwingen ließe für unsere Interessen einzutreten.

Lohnerhöhungen können wir nur im selbständigen Kampf gegen die Kapitalisten und den Gewerkschaftsapparat durchsetzen. Wir stehen jetzt vor der schwierigen Aufgabe, die Kollegen, die bereit sind konsequent zu kämpfen, auch gegen den Gewerkschaftsapparat, zu sammeln, sie revolutionär zu organisieren und mit ihnen den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition voranzutreiben. Das Haupthindernis dabei sind die D„K"P und die „linken" Sozialdemokraten, die immer wieder Illusionen in den Gewerkschaftsapparat schüren und die am lautesten schreien, uns als „Chaoten" beschimpfen und gegen uns hetzen, um selbständige Aktionen der Kollegen, die den Kampf zum Erfolg führen könnten, zu verhindern."

Streiks gegen Stillegungspläne

Fortsetzung von Seite 1

schaftsversammlung wurde bekannt, daß die Kapitalisten nicht vorhaben, wie sie bisher behaupteten, für alle 1.800 von Entlassung bedrohten Kollegen Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Jetzt hieß es plötzlich, 379 Kollegen würden in das Werk Düsseldorf-Lierenfeld umbesetzt. Das halten die Kollegen jedoch für Augenwischerei. Denn in Lierenfeld wurden bereits mehrere Abteilungen stillgelegt wahrscheinlich wird es in den nächsten Jahren ganz dichtgemacht. Gleichzeitig wurde die Regelung über die Abfindung, die die entlassenen Kollegen erhalten sollten, bekanntgegeben. Den Kapitalisten schlug auf dieser Belegschaftsversammlung eine ungeheure Wut und Empörung entgegen. Als ein Vertreter des Werksvorstandes sprach, wurde er ständig ausgebuht und ausgepfiffen; es wurde gerufen: „Ihr Lumpen, ihr Banditen!" Durch diese Belegschaftsversammlung wurde vielen Kollegen klar: nur durch unseren eigenen Kampf können wir diese Stillegung noch verhindern.

Am nächsten Morgen begann der Streik. Ein Kollege berichtet uns: „Der Vertrauensmann der Nachbarabteilung kam in meine Abteilung und sagte: Die sind schon alle draußen. Da sind die Kollegen gleich alle herausgezogen. In anderen Abteilungen zogen die Kollegen durch die Hallen und dann zum Betriebsratsgebäude. Die Stimmung war sehr kämpferisch. „Diese Schweine, wir lassen uns das nicht gefallen", wurde gerufen. Als ein dicker Mercedes daherkam, in dem wohl ein Vertreter des Werksvorstandes saß, wurde er von den empörten Arbeitern fast umgekippt.

Vor dem Betriebsratsgebäude, in dem die Betriebsräte mit dem Werksvorstand verhandelten, brachten die Kollegen ihre Empörung durch Rufen und Pfeifen zum Ausdruck. Es kam zu einer offenen Auseinandersetzung, als ein offen reaktionärer Betriebsrat namens Paddalik aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Antwort: ein gellendes Pfeifkonzert. Daraufhin forderte Paddalik nun sogar den Werksschutz auf, einem Vertrauensmann das Megaphon wegzunehmen.

Daß die Kollegen nach zwei Stunden wieder an die Arbeit gingen, hängt damit zusammen, daß ihre Empörung gegen den offenen Verrat des Gewerkschaftsapparats sehr groß war, daß sie aber auf der anderen Seite noch zu großes Vertrauen in scheinbar „radikale" Gewerkschaftsvertreter haben wie den Vorsitzenden des Vertrauensleutekörpers Achten, einem bekannten D„K"P-Funktionär, der bei diesem Streik die Führung an sich gerissen hatte, während des Streiks dann aber plötzlich im Verhandlungsraum, in dem Betriebsrat und Werksvorstand über ihre arbeiterfeindlichen Pläne berieten, verschwand und erst mal nicht wieder auftauchte.

Die Kollegen bei Mannesmann werden auch aus dieser Erfahrung ihre Lehren ziehen. Genauso wie sie aus dem bisherigen Verrat der Betriebsratsclique und des Gewerkschaftsapparats die Konsequenz gezogen haben, sich nicht nur gegen die Mannesmann-Kapitalisten, sondern auch gegen die reaktionäre Betriebsratsclique zu wehren. Der DGB-Apparat ist insgesamt ein Feind der Arbeiterklasse, da wo er offen zum Stillhalten auffordert, aber auch da, wo er mit der Forderung nach „voller Mitbestimmung", nach „Einlösung des Rechts auf Arbeit", nach „Verstaatlichung" usw. die Arbeiter an den kapitalistischen Staatsapparat ketten, Illusionen über den Kapitalismus schüren will. Der kapitalistische Staat ist ein Instrument der Monopole. Wer das Vertrauen in diesen kapitalistischen Staat predigt, der predigt im Grunde genommen nichts anderes als die Versöhnung, die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Der will verhindern, daß die Arbeiter revolutionär, im Vertrauen auf die eigene Kraft, den Kampf für ihre Interessen führen, die den Interessen der Kapitalisten diametral entgegengesetzt sind. Der will verhindern, daß die Arbeiter in diesen Kämpfen erkennen, daß die Ursache solcher Angriffe auf ihre Lage wie die jetzt zu Tausenden angekündigten Massenentlassungen, im Kapitalismus, in der kapitalistischen Profitwirtschaft liegt, daß die Arbeiterklasse also den kapitalistischen Staat stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten muß, wenn sie ihre grundlegenden Interessen wie etwa das Recht auf Arbeit für die gesamte Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen sichern will. Weil die D„K"P, die vor allem diese scheinbar „radikalen" Losungen predigt, damit auch nichts anderes verfolgt als einen Weg der Klassenversöhnung, ist es auch kein Wunder, daß sie die Arbeiter auch an den reaktionären Gewerkschaftsapparat binden will, immer wieder die Einheit mit diesem reaktionären Instrument der Kapitalistenklasse predigt.

Dagegen kann der Kampf der Arbeiter nur Erfolg haben, wie auch diese beiden Streiks in Stuttgart und Düsseldorf zeigen, wenn er konsequent gegen die Kapitalisten und gegen den Gewerkschaftsapparat und die reaktionären Betriebsratscliquen geführt wird, wenn die Arbeiter im Vertrauen auf ihre eigene Kraft für die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. In beiden Betrieben ist der Kampf gegen die Stillegungen noch nicht beendet. Völlig zu Recht heißt es deshalb in einem Flugblatt der Partei, das nach dem Streik bei SKF erschien: „Dieser Streik war gut und richtig; er hat gezeigt, welche Kraft in uns steckt, wenn wir, Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen, geschlossen in den Kampf treten. Diese Kraft werden die SKF-Kapitalisten auch in Zukunft zu spüren bekommen."

'Weserkurier'-'Bremer Nachrichten'

Belegschaft solidarisch gegen Angriffe des Verlags

Im letzten Jahr hatte der Bremer Verleger Meyer (Bremer Nachrichten und Weserkurier) den Druckern seines Verlages den Lohn kürzen wollen, indem er das Tarifergebnis von 6% auf die übertariflichen Zulagen anrechnen wollte. Ein Streik der Drucker verhinderte das. In diesem Jahr versuchte Meyer das gleiche bei den rund 200 Redakteuren und Angestellten. Offensichtlich glaubte er, bei ihnen würde er auf weniger Widerstand stoßen als bei den Arbeitern. Aber Meyer hatte sich getäuscht. Als Antwort auf diesen Angriff beschloß eine Belegschaftsversammlung am Donnerstag letzter Woche einstimmig folgende Forderungen:

Zurücknahme der übertariflichen Zulage bei Angestellten und Redakteuren;

Festschreibung der Zulagen;

Anhebung der übertariflichen Zulagen für alle um 30 DM.

Die erste Verhandlung über diese Forderungen sollte während der Belegschaftsversammlung stattfinden. Meyer lehnte ab: Er verhandele nicht unter Druck. Als die Kollegen daraufhin die Arbeit nicht wieder aufnahmen, drohte Meyer mit Aussperrung. Als diese Drohung keinen Erfolg zeigte, sperrte der Kapitalist Meyer um 19.00 Uhr einen Teil und später alle Beschäftigten aus.

Noch in derselben Nacht ließ er unter Polizeischutz ein Pamphlet drucken, das in allen Bremer Haushaltungen verteilt wurde, wo in übelster Weise gegen den Kampf der Kollegen gehetzt wurde: Man könne sich diesem „willkürlichen und ungesetzlichen Diktat nicht beugen, sonst würde man sich künftig alles erstreiken wollen", hieß es dort. Und: Die Aussperrung sei ein Mittel zur „Beseitigung der Betriebsstörung." Die Kollegen waren über dieses Hetzflugblatt so empört, daß Meyer in der Druckerei, wo es hergestellt worden war, nur noch mit Polizeischutz ein- und ausgehen konnte.

Diese große Empörung der Kollegen über den erneuten unverschämten Lohnkürzungsversuch des Verlegers und die brutale Aussperrungsmaßnahme war auch der Grund dafür, daß die Bourgeoisie der Demonstration der Kollegen am Freitag mit großer Furcht entgegensah. Mehrere Mannschaftswagen waren aufgefahren. Das Pressehaus des Verlegers Meyer war von Polizei umstellt. Zahllose Zivilspitzel trieben sich bei der Demonstration, an der rund 350 Kollegen teilnahmen, herum.

Bei dieser Demonstration zeigte sich in aller Deutlichkeit, warum die Vertreter des IG Drupa-Apparates, sich den Anschein gaben, den Kampf der Kollegen zu unterstützen und sich bei der Demonstration sogar an die Spitze stellten. Nur deshalb, um ihn besser abwürgen zu können. Während die Kollegen sehr empört waren über dieses Polizeiaufgebot, marschierte der IG Drupa-Bonze Grobecker, der gleichzeitig SPD-Bundestagsabgeordneter ist, zu den Polizisten hin, schüttelte allen die Hand und lieh sich von ihnen ein Megaphon, um den Kollegen vor dem Pressehaus mitzuteilen, die Demonstration sei jetzt zu Ende, sie sollten nach Hause gehen. Offenbar hatten die IG Drupa-Bonzen große Angst, daß die Kollegen den Kampf fortsetzen könnten. Denn als sich die Demonstration nach der ersten Aufforderung nicht auflöste, hörte ein Genosse, wie Grobecker zu seinem Kumpanen Kammering sagte: „Wir müssen jetzt sehen, daß die von der Straße verschwinden." Was ihnen schließlich auch gelang.

Nicht nur bei dieser Demonstration, von Anfang an hatte der reaktionäre IG Drupa-Apparat versucht, den Kampf der Kollegen zu sabotieren. Sie nutzten dabei die Tatsache, daß der Kapitalist Meyer auf den Kampf der Kollegen sehr schnell mit der Maßnahme der Aussperrung reagiert hatte, aus, um jede kämpferische Initiative der Kollegen und Maßnahmen zur Organisierung eines entschlossenen Streiks mit Parolen zu unterlaufen wie: Dies sei eine Aussperrung, von Streik könne keine Rede sein, das sei eine Diffamierung der Kapitalisten. Was ist das aber anderes als eine offene Drohung an die Kollegen, daß sie bei einer Weiterführung ihres Kampfes über die dreitägige Aussperrungsfrist hinaus nicht nur der Kapitalisten Meyer, sondern auch den IG Drupa-Apparat gegen sich haben werden?

Diejenigen Kollegen vom „Weserkurier" und von den „Bremer Nachrichten", die ihren Kampf als Streik verteidigen, die ihnen dem IG Drupa-Bonzen Grobecker erklärt haben, er soll wieder nach Hause gehen, haben deshalb völlig recht. Denn nur im Kampf gegen den arbeiterfeindlichen IG Drupa-Apparat können die Kollegen ihren Kampf gegen den Kapitalisten Meyer erfolgreich führen. Die KPD/ML in Bremen hat diesen gerechten Kampf mit einer Grußadresse unterstützt und hat unter der Bremer Bevölkerung zur Solidarität mit den Kollegen der Firma Weserkurier GmbH aufgefordert.

'Stahlarbeiterkonferenz' der IG Metall

Die Arbeiter waren natürlich nicht eingeladen

Am Freitag, dem 27. Mai, führte der IGM-Apparat in Dortmund eine sogenannte „Stahlarbeiterkonferenz" durch. An der Konferenz nahmen nur „zuverlässige" Betriebsräte und Vertrauensleute beteiligt, etwa 400 an der Zahl. Es ist bezeichnend, daß die Arbeiter selbst nicht dazu eingeladen wurden. Der reaktionäre Gewerkschaftsapparat wollte nicht Gefahr laufen, daß klassenbewußte Stahlarbeiter ihre Forderungen selbst zur Sprache bringen und daß sie ihre Meinung über die reaktionäre Politik des Gewerkschaftsapparates sagen konnten.

In den vergangenen Jahren hat sich die Lage der Stahlarbeiter zunehmend verschlechtert. Über hunderttausend Arbeitsplätze wurden seit 1961 in der Stahlindustrie der Bundesrepublik vernichtet. Die Ausbeutung wurde enorm verschärft. Wurden 1960 noch in 700 Millionen Arbeitsstunden 34 Millionen Tonnen Rohstahl produziert, so waren es im vergangenen Jahr in nur noch 400 Millionen Arbeitsstunden 43 Millionen Tonnen. Welche Rolle die paritätische Mitbestimmung dabei spielt, zeigen die Worte des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Thyssen-Konzerns Sohl: „Die Entwicklung der Stahlindustrie in der deutschen Wirtschaft hätte ohne die Mitbestimmung diesen ruhigen und konstanten Verlauf nicht genommen."

Jetzt haben die Stahlkapitalisten dreistere Angriffe auf die Lage der Arbeiter und kleinen Angestellten gestartet als je zuvor. 10.000 Arbeitsplätze sollen allein in diesem Jahr vernichtet werden. Brutale Rationalisierungsfeldzüge sollen auf dem Rücken der Kollegen die Profite hochtreiben. Mußte mehr als ein Drittel der Stahlarbeiter schon seit zwei Jahren fast ununterbrochen kurzarbeiten, wobei Lohneinbußen von 200 DM und mehr im Monat keine Seltenheit waren, so wird in den kommenden Monaten die Kurzarbeit noch mehr ausgedehnt.

Angesichts dieser Situation will der IGM-Apparat mit seiner „Stahlarbeiterkonferenz" den Eindruck erwecken, als ob sich die Kollegen bei der Verteidigung ihrer Interessen auf ihn stützen könnten. Aber die Wahrheit sieht anders aus. Tatsache ist, daß der Gewerkschaftsapparat jeden konsequenten Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten sabotiert und abwiegelt. Loderer, als „Mitbestimmer" stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Mannesmann, brachte die Arbeiterfeindlichkeit des IGM-Apparates selbst zum Ausdruck, als er sagte: „Wo eine Kapazität langfristig nicht mehr sinnvoll ist, dort wird sich die IGM einem Abbau nicht widersetzen."

Wenn Loderer auf der „Stahlarbeiterkonferenz" sich für die Herabsetzung des Rentenalters auf 55 bzw. 58 Jahre aussprach, so will er damit über seine wirklichen Absichten hinwegtäuschen. Diese Forderung ist natürlich im Interesse der Arbeiter. Im Interesse der Arbeiter ist auch die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit, die Berichten der bürgerlichen Presse zufolge auf der Konferenz „zur Diskussion gestanden hat". Aber eine Forderung zu befürworten und sich auch wirklich für ihre Durchsetzung einzusetzen, das sind schließlich zwei paar Stiefel. Die IGM-Betriebsratsbonzen haben bisher noch jedesmal ihre Zustimmung zu Kurzarbeit ohne vollen Lohnausgleich gegeben.

Eine weitere Forderung auf der „Stahlarbeiterkonferenz" war: Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist, wenn dabei ein voller Lohnausgleich geschaffen wird, im Interesse der Arbeiter. Von einem Lohnausgleich war jedoch auf der Konferenz keine Rede. Deshalb ist diese Forderung in dieser Form gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Daß, wie zudem behauptet wurde, dadurch 5.000 Arbeitsplätze erhalten werden könnten, ist reaktionäre Illusionsmacherei und soll verschleiern, wo die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen: im kapitalistischen System und der Profitgier der Kapitalisten.

Auf der Konferenz wurde noch eine Forderung aufs Tapet gebracht, die besonders von den D„K"P-Revisionisten in den Vordergrund gestellt wird: die Verstaatlichung der Stahlindustrie. Wissen die IGM-Bonzen und die D„K"P-Revisionisten denn nicht, daß auch die Ruhrkohle AG weitgehend Staatseigentum ist, die sich in punkto Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung durchaus mit der Stahlindustrie messen kann? Wissen sie nicht, daß die verstaatlichte Eisenbahn sich die Vernichtung von 60.000 Arbeitsplätzen zum Ziel gesetzt hat? Natürlich wissen sie dies. Aber sie wollen eben Illusionen über den Charakter des kapitalistischen Staates verbreiten, wollen verschleiern, daß er der Feind der Werktätigen und das Werkzeug der Kapitalisten ist.

Der Kampf gegen die Angriffe der Stahlkapitalisten kann von den Kollegen nur ohne und gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat mit Erfolg geführt werden. Um den Kollegen zu helfen, diesen Kampf auf revolutionäre Weise und im Vertrauen auf die eigene Kraft zu führen, verteilten unsere Stahlbetriebszellen anläßlich der „Stahlarbeiterkonferenz" ein gemeinsames Flugblatt vor den Stahlbetrieben. (Auszüge daraus siehe „Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen").

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Aus dem Flugblatt der Zellen der Stahlbetriebe der KPD/ML

Im ersten Teil des Flugblatts wird ausführlich auf die Lage der Stahlarbeiter, auf die Angriffe der Kapitalisten und auf die verräterische Haltung des IGM-Apparates diesen Angriffen gegenüber eingegangen. Ferner wird aufgezeigt, daß nur durch die sozialistische Revolution mit Arbeitslosigkeit, Verelendung und ständig verschärfter Ausbeutung Schluß gemacht werden kann. Danach heißt es in dem Flugblatt:

Der DGB-Apparat erklärt uns, die Kapitalisten säßen in der Krise am längeren Hebel und wir Arbeiter könnten in der Krise nicht erfolgreich kämpfen. Etwas vereinfacht läuft die Politik des Gewerkschaftsapparates auf folgendes hinaus: keine hohen Lohnforderungen stellen, weil die Kapitalisten dann, um die Kostensteigerung wettzumachen, noch mehr Arbeiter entlassen würden; Kurzarbeit zustimmen, um Massenentlassungen zu verhindern; bestimmten Stillegungen und Massenentlassungen zustimmen, um noch größere Entlassungen zu verhindern usw. usf. Die letzten Jahre haben gezeigt, wohin diese Politik uns gebracht hat: Sie hat uns den Kapitalisten ans Messer geliefert. Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, verschärfte Ausbeutung, Verschlechterung unserer Lage auf allen Gebieten sind die Folgen. Das ist das Ergebnis der vom DGB-Apparat betriebenen Politik der Klassenversöhnung, der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und ihrem Staat. Diese Politik findet ihren Ausdruck in der Sozialpartnerschaftsideologie, in der Konzertierten Aktion, in dem Mitbestimmungsbetrug und in der Tatsache, daß sich der Gewerkschaftsapparat dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz unterwirft, das den Betriebsräten die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten vorschreibt.

Gegen Mitbestimmungsbetrug und Sozialpartnerschaftskumpanei!

Weg mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz!

Raus aus der Konzertierten Aktion!

Vorwärts im revolutionären Klassenkampf!

. . . Es nützt den Monopolkapitalisten und ihrer Regierung, wenn die D„K"P versucht, Vertrauen in diesen Staat zu säen. Besonders deutlich wird das bei der von der D„K"P aufgestellten Forderung nach Verstaatlichung der Stahlkonzerne. Auch einige IGM-Bonzen haben diese Forderung aufgegriffen. Für den Ruhrbergbau ist diese Forderung ja mit der Gründung der Ruhrkohle AG praktisch schon verwirklicht. Die Vernichtung von Zigtausenden Arbeitsplätzen ging trotzdem weiter und auch für dieses Jahr sind schon zehn Feierschichten vereinbart worden. Auch die verstaatlichte Bundesbahn bereitet Massenentlassungen vor. Verstaatlichungen nützen uns überhaupt nichts, solange der Staat ein Instrument der Kapitalisten ist. Erst im Sozialismus, wenn der Staat ein Instrument der Arbeiterklasse ist, sind Verstaatlichungen in unserem Interesse. So ist es mit allen scheinbar so „radikalen" Losungen der D„K"P. Geht man ihnen auf den Grund, dann laufen sie immer wieder darauf hinaus, daß wir auf den Gewerkschaftsapparat, auf den Staat und auf die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten vertrauen sollen, anstatt revolutionär, im Vertrauen auf die eigene Kraft, für unsere Interessen zu kämpfen. Wie der DGB-Apparat will uns auch die D„K"P vom Kampf abhalten, indem sie Illusionen über den Kapitalismus und Vertrauen in seine Einrichtungen und Gesetze verbreitet.

Die vom DGB-Apparat und den D„K"P-Revisionisten betriebene Politik der Klassenversöhnung müssen wir entschieden bekämpfen. Der Gewerkschaftsapparat wird seinen Einfluß und seine Macht immer im Interesse der Kapitalisten gegen uns einsetzen. Er ist nicht unsere Kampforganisation, sondern ein Instrument der Kapitalisten gegen uns. Solange wir uns von seinem Einfluß nicht freimachen, solange werden wir uns gegen die immer brutaleren Angriffe der Kapitalisten nicht richtig zur Wehr setzen können, und unsere Lage wird sich weiter verschlechtern. Wir müssen den Kampf für unsere Interessen selbst in die Hand nehmen. Die spontanen Streikkämpfe, die von uns seit den Septemberstreiks 69 ohne und gegen den DGB-Apparat geführt worden sind, sind der richtige Weg.

Nur im unversöhnlichen Kampf Klasse gegen Klasse können wir die Angriffe der Stahlkapitalisten zurückschlagen und unsere Forderungen durchsetzen:

Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Herabsetzung des Rentenalters bei sofortiger Zahlung der vollen Rente!

Gleichwertiger Arbeitsplatz und keine Lohneinbußen bei innerbetrieblichen Umsetzungen!

Das sind wichtige Forderungen im Kampf gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze, gegen die Verschärfung der Ausbeutung und der Arbeitshetze, gegen den Rationalisierungsfeldzug der Stahlkapitalisten.

Echte Lohnerhöhung erkämpfen!

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Erhöhung der stahltypischen Zuschläge!

Mit diesen Forderungen gilt es, den von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsapparat gemeinsam durchgeführten Lohnabbau zu bekämpfen.

Schluß mit den Spaltungsversuchen zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, jungen und älteren Kollegen, Frauen und Männern!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Übernahme aller Lehrlinge nach Abschluß der Lehrzeit!

Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz!

Die Einheit ist unsere Stärke. Besonders bei drohenden Entlassungen versuchen die Kapitalisten, uns zu spalten. Da heißt es: Ausländer, Frauen, die ältesten Kollegen oder die jüngsten zuerst. Dagegen gibt es nur eins: die Solidarität aller Arbeiter. Das ist eine der Grundvoraussetzungen, damit wir erfolgreich kämpfen können. Kämpferisch wird dieser Gewerkschaftsapparat nur, wenn es darum geht, revolutionäre und klassenkämpferische Gewerkschaftsmitglieder auszuschließen. Damit versucht der Gewerkschaftsapparat jede Opposition gegen seine Politik des Arbeiterverrats, der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zu unterdrücken. Jeder, der gegen diesen Arbeiterverrat kämpft, wird als „Gewerkschaftsfeind" und „Spalter" beschimpft. Aber wer ist wirklich gewerkschaftsfeindlich und spalterisch? Das sind die, die mit den Kapitalisten zusammenarbeiten, um den Kampf der Arbeiter zu sabotieren und zu unterdrücken. Das ist der Gewerkschaftsapparat.

Dagegen muß der Kampf geführt werden, muß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) aufgebaut werden. Die RGO kämpft innerhalb der Gewerkschaften gegen den reaktionären Apparat und für die Einheit der Mitglieder auf der Grundlage des unversöhnlichen, revolutionären Kampfes gegen die Kapitalisten. Die RGO kämpft gleichzeitig in den Betrieben dafür, daß wir den Kampf für unsere Forderungen, den der IGM-Apparat verrät und unterdrücken will, ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat selbständig und erfolgreich führen können.

Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung!

Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger!

Rruga e Partise

Über den 23. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha

Vor kurzem wurde in Albanien der 23. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha veröffentlicht, der Materialien aus der Zeitspanne zwischen Januar und Oktober 1962 enthält. Wir bringen aus diesem Anlaß Ausschnitte aus einem Artikel von „Rruga e Partise", dem theoretischen und politischen Organ des ZK der PAA, die am 25. Mai von Radio Tirana gesendet worden sind: „Über die Vertiefung und Weiterführung des offenen prinzipienfesten Kampfes der PAA gegen den Imperialismus, den Chruschtschow-Revisionismus und ihre Handlanger."

Die PAA betrachtete den ununterbrochenen und entschlossenen Kampf, der geführt werden mußte, um den sowjetischen modernen Revisionisten die Maske herunterzureißen und sie zu diskreditieren, als ihre Pflicht, um unseren Kommunisten und Werktätigen und der Weltöffentlichkeit mit überzeugenden Argumenten den Verrat der sowjetischen Führung am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus aufzuzeigen. Genosse Enver Hoxha, der den revisionistischen Verrat einer gründlichen ideologischen und klassenmäßigen Analyse unterzog, betonte nicht nur, daß der moderne Revisionismus, der in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern Osteuropas — ausgenommen Albanien — die Macht ergriffen hatte, ein schwerer Schlag und eine sehr große Gefahr für den historischen Sieg des Weltproletariats, die Weltrevolution und den Sozialismus war, sondern zeigte auch den Ursprung des Revisionismus auf.

Diesen Ursprung sah er im Vorhandensein des bürgerlichen Einflusses im Land sowie in der Kapitulation vor dem Druck des Imperialismus. Auf diese inneren und äußeren Faktoren hinweisend schlußfolgerte Genosse Enver Hoxha, daß die Entstehung des modernen Revisionismus nichts Zufälliges ist. **„Er entstand als Ergebnis des heftigen Klassenkampfes, der zwischen dem Sozialismus, der die Zukunft vor sich hat, und der imperialistischen Bourgeoisie, die dem Untergang entgegen geht, geführt wird"**, sagte Genosse Enver Hoxha.

„Er ist die Verkörperung davon, daß in diesem Kampf der unentschlossene Teil der Vertreter der Arbeiterklasse, der zur Arbeiteraristokratie geworden ist, infolge des starken und ständigen Drucks, den der Imperialismus ausübt, kapitulierte."

Repräsentiert von der Gruppe um Chruschtschow, die an der Spitze der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei stand, stellte der moderne Revisionismus eine große Gefahr dar, denn er nutzte die gewaltige internationale Autorität der KPdSU aus, die sie unter der Führung Lenins und Stalins erlangt hatte, und benutzte den Marxismus-Leninismus und den Namen Lenins als trügerisches Aushängeschild bei der Verbreitung der antimarxistischen Theorien und Ansichten, und zwar als ein sehr gefährliches Aushängeschild, solange es von Leuten benutzt wird, denen die Maske noch nicht restlos heruntergerissen ist, die ihr Gesicht von Antimarxisten, wie es die Revisionisten sind, verhüllt.

Die modernen Revisionisten haben nicht die Masse der Kommunisten, die Proletarier und die revolutionäre Bauernschaft hinter sich

„Obwohl die modernen Revisionisten leitende Positionen in mancher Partei haben", betonte Genosse Enver Hoxha, **„obwohl sie vom internationalen Imperialismus unterstützt und gefördert werden, haben sie außer einer privilegierten Schicht, die sie als Stütze für ihre antimarxistischen Handlungen geschaffen haben, nicht das Wesentliche hinter sich: die Masse der Kommunisten, haben sie nicht die Proletarier und die revolutionäre Bauernschaft hinter sich."** Trotz der Demagogie, die die Revisionisten treiben, indem sie sich auf die Massen berufen, durchschauen die revolutionären Kommunisten und die Werktätigen immer besser, daß die Revisionisten, diese unverbesserlichen Renegaten des Kommunismus, auf Kosten der Werktätigen und des Marxismus-Leninismus eine üble Verräterrolle spielen.

Daher trug Genosse Enver Hoxha auf: **„Gerade diesen Massen fällt in diesen historischen Augenblicken die große Aufgabe zu, ihr Wort zu sagen und den Revisionismus und die Revisionisten möglichst schnell auf den Platz zu verweisen, denn Revolution und Konterrevolution, proletarische Ideologie und bürgerliche Ideologie, deren Produkt auch der Revisionismus ist, können weder im Rahmen einer Partei noch im Rahmen der gesamten Bewegung lange zusammenleben."**

Die kommunistische und Arbeiterbewegung stand bereits des öfteren vor dem Verrat des Opportunismus, der als Produkt und Agentur der Bourgeoisie belebt wurde und, wie die Geschichte des Kampfes des Weltproletariats bewiesen hat, in den schwierigen Augenblicken der allgemeinen Krise des Kapitalismus in Bewegung gesetzt wurde und versuchte, den Arbeiterparteien und der Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen. Auf diese Weise half er der internationalen imperialistischen Bourgeoise in ihrem Kampf und in ihren Anstrengungen, die Weltherrschaft zu errichten und die revolutionäre Bewegung der Massen zu unterdrücken.

Genosse Enver Hoxha, der die Erfahrung der kommunistischen Weltbewegung richtig analysierte, betonte: **„Der Marxismus-Leninismus ist stets siegreich im Kampf gegen den Kapitalismus und vor allem den Opportunismus gewesen, da die Marxisten-Leninisten immer eine Trennungslinie zu den Verrätern am Proletariat gezogen haben, da die revolutionären Kommunisten die Arbeiterklasse hinter sich hatten, alle vom internationalen Kapitalismus und den einheimischen Bourgeoisie ausgebeuteten und unterdrückten Massen hinter sich hatten."**

Der Kampf zur ideologischen Vernichtung des modernen Revisionismus — eine historisch unabdingbare und dringende Aufgabe

Aber auch wenn der moderne Revisionismus, wie Genosse Enver Hoxha sagt, „auf Sand gebaut ist und eine vorübergehende Erscheinung ist", ist es erforderlich, daß die Kommunisten aller Welt über diese schmutzige Krankheit gründlich nachdenken und gegen sie revolutionär zu Werke gehen, um zu verhindern, daß diese Wunde in unserem gesunden Körper eitrig wird. In dieser Hinsicht haben die Marxisten-Leninisten in den größeren und kleineren Ländern alle eine historische Verantwortung vor den Völkern, haben sie große Aufgaben, die sie ungeachtet der Opfer erfüllen müssen, indem sie die modernen Revisionisten auf die Anklagebank setzen.

Die Richtigkeit und Aktualität dieser Lehren über die ständige Notwendigkeit des Kampfes zur Zerschlagung und Entlarvung des modernen Revisionismus hat das Leben bewiesen, das nach der Moskauer Beratung von 1960 allen Marxisten-Leninisten, allen wirklichen Revolutionären die wichtige und dringende historische Aufgabe stellte, den ideologischen Kampf gegen den Revisionismus im allgemeinen und den sowjetischen im besonderen weiterzuführen und zu erweitern.

Die PAA war der Ansicht, daß dieser Kampf offen und ohne jedes Zugeständnis von allen Marxisten-Leninisten geführt werden mußte, denn überall, wo sie sich befanden — und damals ebenso wie heute — fällt ihnen die historische Aufgabe zu, den Marxismus-Leninismus gegen die revisionistischen Entstellungen zu verteidigen, die revolutionäre Linie der wahrhaften kommunistischen Weltbewegung gegen den Einfluß und Druck, den die Bourgeoisie und die verschiedenen opportunistischen Kräfte auf sie ausüben, zu verteidigen. In dieser großen Front des unversöhnlichen Kampfes gegen den modernen Revisionismus, gegen den Rechtsopportunismus, der nach wie vor die Hauptgefahr und den Hauptfeind für die PAA wie für die gesamte internationale kommunistische und Arbeiterbewegung darstellt, steht sie unbeirrt in den vordersten Reihen.

Sie entlarvt und schlägt mutig und konsequent die feindlichen Ansichten und die konterrevolutionäre Tätigkeit der Revisionisten jeder Schattierung und ist sich bewußt, daß der Weg des offenen und kompromißlosen Kampfes gegen den Revisionismus und die Verteidigung der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus der einzig sichere, rettende und siegreiche Weg ist. Daher betonte Genosse Enver Hoxha, daß der Kampf zur ideologischen Vernichtung des modernen Revisionismus heute eine historisch unabdingbare und dringende Aufgabe ist.

Die modernen Revisionisten beschönigen den Imperialismus und stellen den Kampf gegen ihn ein

Diese Aufgabe hing auch damit zusammen, daß, ohne den Revisionismus zu bekämpfen und zu entlarven, der Imperialismus nicht erfolgreich bekämpft und der Sieg über ihn nicht errungen werden kann. Die PAA hat den Kampf gegen den Revisionismus stets mit ihrem Kampf gegen den Imperialismus verbunden, denn beide sind Feinde der Revolution und des Sozialismus. Sie hat sich niemals der geringsten Illusion ihnen gegenüber hingegeben. Dem Imperialismus, diesem wütenden Feind der Völker, der die Welt versklaven und die Arbeiterklasse und die Bauernschaft beherrschen will und den Krieg schürt, ist ein so eifriger Lakai wie der moderne Revisionismus zu Hilfe gekommen.

„Er ist heute", sagte Genosse Enver Hoxha, **„eine giftige Waffe in Händen des Imperialismus und Weltkapitalismus geworden, mit der er danach trachtet, dem siegreichen Sozialismus Schaden zuzufügen, Spaltung zu stiften, den Revisionismus in jedes Land des sozialistischen Lagers und in die kommunistische Weltbewegung auf friedliche Weise einzuschleusen, sie zu unterhöhlen und zu schwächen und den Imperialismus den Weg des Kampfes gegen den Sozialismus und Kommunismus, gegen die für ihre nationale Befreiung kämpfenden Völker zu erleichtern. Daher muß der Kampf gegen den Imperialismus, ohne sich auch nur einen Augenblick einschläfern zu lassen, fest verbunden mit dem Kampf geführt werden, den wir gegen den jugoslawischen und den Chruschtschow-Revisionismus und die anderen Opportunisten jeden Schlags führen."**

In den Materialien des 23. Bandes der Werke des Genossen Enver Hoxha wird nachdrücklich betont, daß sich die Natur des Imperialismus nicht im geringsten geändert hat, daß er seine Angriffe gegen die Völker der Welt, gegen die Kräfte des Friedens und der Demokratie vielmehr verstärkt hat. Die Tatsachen zeigen, daß der strategische Plan des Imperialismus darauf gerichtet ist, um jeden Preis den Sozialismus zu zerstören und überall die kapitalistische Macht wiederherzustellen, daß er die Festung des Kommunismus mit allen Mitteln erobern will, mit Komplotten, indem er den Revisionismus als Mittel benutzt, aber auch mit bewaffneten Interventionen.

Die modernen Revisionisten entlarvten dagegen nicht nur den amerikanischen Imperialismus, sondern festigten die Verbindungen mit ihm, womit sie der Reaktion einen großen Dienst erwiesen. Indem sie sich mit ihrem bürgerlichen Pazifismus hervortaten, traten die Chruschtschow-Revisionisten dafür ein, daß die Propaganda gegen den Imperialismus eingestellt würde, damit sie es nicht mit ihm verdürben. Sie unterstützten nicht den Kampf der unterdrückten Völker und des Proletariats der kapitalistischen Länder, sondern bemühten sich, ihn abzuwiegeln und die Positionen des Marxismus-Leninismus zu untergraben.

Genosse Enver Hoxha, der den USA-Imperialismus und die Verbindungen der Revisionisten mit ihm entlarvte, betonte im Mai 1962: **„Mit dem USA-Imperialismus unterhalten einige offene Beziehungen, andere nähern sich ihm vorsichtig aber unbeirrt an. Sie treiben Handel mit ihm und erhalten große Kredite von ihm. Wieder andere haben den politischen und ideologischen Kampf gegen den Imperialismus eingestellt und benutzen die stereotype Formel, sie würden ihn weder anheizen noch einstellen, und glauben, das würde ihnen genügen, um ihr wirkliches Gesicht zu verhüllen. Und noch andere, noch gefährlichere, begnügen sich mit Jeremiaden* gegenüber dem USA-Imperialismus, machen Kennedy Kniefälle und singen ihm Wiegenlieder, und ihr Frieden ist wie das Jerusalem des Propheten Jeremias."**

Die seitdem vergangene Zeit bestätigte eindeutig, wie richtig Genosse Enver Hoxha den USA-Imperialismus charakterisiert hatte, als er seine wirkliche aggressive und kriegstreiberische Natur aufgezeigt hatte, und wie richtig die Schlußfolgerung war, daß weder das Kapitulantentum der Chruschtschow-Revisionisten gegenüber den Aggressionsakten des USA-Imperialismus gegen die Völker noch die zahlreichen Kompromisse und prinzipienlosen Zugeständnisse der Chruschtschow-Leute ihm gegenüber, noch die sogenannte elastische Politik, die Chruschtschow um der Gespräche oder einer diplomatischen Machenschaft willen betrieb, indem er den Kampf gegen den Imperialismus beiseite ließ, den USA-Imperialismus weder anständiger noch zahmer gemacht haben. Er bleibt nach wie vor das politische, wirtschaftliche und militärische Bollwerk des kapitalistischen Ausbeutersystems, großer Beschützer des Kolonialismus und Neokolonialismus, Hintermann des Rassismus und Obergendarm der Weltreaktion. Die PAA hält stets an der Ansicht fest, daß der USA-Imperialismus aggressiv ist und sein wird, solange ihm auch nur ein Zahn bleibt.

Für eine feste Einheit auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus

In ihrem konsequenten und prinzipienfesten Kampf gegen den Revisionismus strebte die PAA eine wirkliche Einheit innerhalb der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus an und nicht eine trügerische Einheit mit prinzipienlosen Zugeständnissen und zum Schaden der internationalen kommunistischen Bewegung. Die PAA kannte die revisionistische Tätigkeit der sowjetischen Führung genau. Daher hob sie hervor, daß die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung durch die antimarxistischen Ansichten und die antimarxistische Tätigkeit der Gruppe um Chruschtschow, die von den grundlegenden Lehren des Marxismus-Leninismus abgewichen war, beeinträchtigt war und weiter schwer beeinträchtigt wurde. Chruschtschow, der die Gefahr seiner völligen Entlarvung sah, versuchte mit der Fahne der Einheit aufzutreten, mit Sprüchen über die Einheit herumzuwerfen, um Zeit zu gewinnen, um eine gewisse Pause zu erreichen, die kommunistischen und Arbeiterparteien hinters Licht zu führen und neue Schläge gegen die Einheit vorzubereiten.

„Unter diesen Bedingungen", betonte Genosse Enver Hoxha, **„ist es um so notwendiger, daß die Parteien, die entschlossen an den marxistisch-leninistischen Positionen festhalten, die Fahne der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung in die Hand nehmen, in dieser Hinsicht die Initiative ergreifen und so die taktischen Manöver Nikita Chruschtschows entlarven."**

Als entschlossene Kämpferin für die Einheit ist die PAA stets nicht für eine beliebige Einheit in der internationalen kommunistischen Bewegung eingetreten, sondern für eine feste Einheit, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beruht, für eine Einheit im Kampf gegen den Imperialismus und die Renegaten des Marxismus-Leninismus, die modernen Revisionisten.

*Jammerreden

Briefträger als Polizeispitzel?

Auf der jüngsten Tagung des Bundestagsinnenausschusses verkündete der Chef des Bundeskriminalamtes Herold neue Pläne der „Terroristenbekämpfung". Pläne, die sich nach Herolds eigenen Worten nicht gegen „gefährliche Terroristen" richten sollen, sondern gegen das sogenannte „Umfeld". Ein Begriff, mit dem die Polizei und die bürgerliche Presse Revolutionäre und Kommunisten zu bezeichnen pflegen. Um sie registrieren zu können, soll das jetzt schon bestehende Spitzelnetz der Polizei noch weiter ausgebaut werden.

Angestellte der Telephonämter, der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und Briefträger sollen nach den Plänen von Herold für die Polizei und den Verfassungsschutz arbeiten. Sobald ihnen irgendetwas „Verdächtiges" in den Wohnungen, in die sie kommen, auffällt, sollen sie das der Polizei melden, die die Informationen dann an eine zentrale Sammelstelle weitergibt. Was dabei als „verdächtig" gilt, ist nicht bekannt.

Daß es bei den „konspirativen Wohnungen", die angeblich auf diesem Weg ermittelt werden sollen, keineswegs um geheime Waffenlager oder ähnliches geht, ergibt sich bereits aus dem Zweck der Pläne, auf diesem Weg Werktätige zu ermitteln, die aktiv einen revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Staat führen. Mit Sicherheit zählen dazu also auch die Wohnungen von bekannten Kommunisten, Genossen der Partei und der Roten Garde. Über sie erhofft sich die Polizei so einen Überblick zu verschaffen, ihre schon vorhandenen Angaben zu vervollständigen, um — etwa im Falle eines Verbots der Partei — die Partei möglichst vollständig zerschlagen zu können. Ein Plan also, der erneut zeigt, daß die gegenwärtig bestehende Legalität der Partei und anderer revolutionärer Organisationen kein Anlaß zu Illusionen über den Kampf der Bourgeoisie gegen die Kommunisten sein darf. Denn dieser Kampf findet statt — nicht nur offen im Gerichtssaal und in der Auseinandersetzung mit der Polizei —, sondern auch im Verborgenen über die verschiedenen Spitzelmethoden der Polizei, des Verfassungsschutzes.

Was allerdings den jüngsten Plan des Bundeskriminalamtes über den Einsatz der städtischen Angestellten der Post und anderer Ämter gegen die Werktätigen und die Kommunisten angeht, so ist das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen. Denn ähnliche Pläne, Tankstellenangestellte und Pensionsbesitzer als Spitzel einzusetzen, mußten vorläufig fallengelassen werden. Sie scheiterten am Protest und am Widerstand der Betroffenen.

Der Staat, in dem wir leben

Zwei Berichte, der eine die Zuschrift einer jungen Frau aus Dortmund, der andere nach einem Bericht einer bürgerlichen Zeitung, werfen ein bezeichnendes Licht auf den Staat, in dem wir leben.

Polizeiüberfall

An einem Samstag vor einiger Zeit hörte ich großen Lärm im Haus, in dem ich wohne. Ich ging aus meiner Wohnung und sah zwei bewaffnete Polizisten mit gezogener Pistole auf dem Flur stehen. Die Tür zur Wohnung meines Nachbarn war aufgebrochen worden. Anschließend führten sie den Mann, einen 46jährigen Frührentner, in Handschellen ab.

Mein Nachbar ist ein kranker Mann. Er ist durch die Arbeit auf der Zeche unter Tage Frührentner geworden — mit 100%iger Steinstaublunge, offener TB und anderen inneren Krankheiten. Außerdem ist er taub. Weshalb wurde dieser Mann von der Polizei wie ein Verbrecher abgeführt?

Nachdem mein Nachbar abgeführt worden war, fragte ich seine Schwiegermutter, was los war. Sie erzählte mir, ihr Schwiegersohn solle angeblich mit einer Schreckschußpistole aus seinem Fenster, das in den Hof führt, geschossen haben. Die Polizei kam und schellte, was er aufgrund seiner Taubheit nicht hören konnte. Nachdem seine Schwiegermutter, die das mitbekam, die Haustür öffnete, stürmten die Polizisten die Treppe herauf und brachen seine Tür auf — obwohl ihnen gesagt wurde, daß der Mann krank ist, obwohl seine Schwiegermutter mit dem Schlüssel zur Wohnungstür daneben stand.

Mein Nachbar erlitt durch dieses Ereignis einen solchen Schock, daß er sich bis heute nicht mehr unter Menschen traut und immer noch in ärztlicher Behandlung ist.

Weil ein Auto falsch geparkt war

„Binnen 24 Stunden im 15. Polizeirevier melden" — diesen Zettel fand ein Autofahrer, der sich zu Besuch in Stuttgart aufhielt, nachdem er zu seinem Auto zurückgekehrt war, daß er — vorschriftswidrig — schräg, mit den Vorderrädern auf dem Bürgersteig geparkt hatte. Der Autofahrer ging zusammen mit seiner Freundin hin und hielt dort mit seiner Meinung auch nicht hinter dem Berg, als er erfuhr, daß er für dieses falsche Parken insgesamt 75 DM bezahlen sollte.

Und dann ging alles sehr schnell: Einer der Polizeibeamten schrie den schon wieder hinausgehenden Autofahrer an: „Solche Rockermanieren ziehen bei uns nicht!" und ohrfeigte ihn. Ein zweiter Beamter hielt seine Freundin fest, die vor Schreck laut schrie. Dem Autofahrer, der ihr zu Hilfe eilen wollte, wurde die Tür vor der Nase zugeschlagen. Er drückte gegen die Glasscheibe der Tür, sie ging kaputt, seine Hand blutete aus zig Schnittwunden. Daraufhin zerrten ihn zwei Polizisten wieder in den Vorraum. Einer hielt ihn von hinten fest, ein zweiter schlug auf ihn ein. Der Autofahrer mußte anschließend im Krankenhaus behandelt werden.

Anschließend wurden auf dem selben Revier seine Personalien festgestellt. Die prügelnden Polizisten dagegen weigerten sich, ihre Namen anzugeben. Jetzt muß der Autofahrer noch mit einem Prozeß rechnen. Die Polizisten haben Anzeige erstattet wegen Widerstand, Körperverletzung und Beamtenbeleidigung. Über den Ausgang dieses Prozesses dürfte es angesichts von drei Polizeizeugen keine großen Zweifel geben. Wie 36.000 andere, die allein im letzten Jahr wegen Widerstand gegen die Staatsanwalt verurteilt wurden, wird die Klassenjustiz auch diesen Autofahrer als „Kriminellen" verurteilen — weil er ein Auto falsch parkte und von der Polizei verprügelt wurde.

Lebenslange Haftstrafen in Kaiserslautern

Nach Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe wurden jetzt in Kaiserslautern auch Manfred Grashof und Klaus Jünschke zu lebenslanger Haft verurteilt. Was dieses Urteil bedeutet, läßt sich daran ermessen, daß beide Gefangene bereits nach ihrer mehrjährigen Untersuchungshaft unter den Bedingungen strenger Isolation schwer krank sind. Zu Beginn des Prozesses gegen sie stellte ein medizinisches Gutachten fest: „Werden die Haftbedingungen nicht verändert, wird es in Zukunft sicherlich zu lebensbedrohlichen Zuständen kommen."

Manfred Grashof wurde 1972 in einer Hamburger Wohnung festgenommen. Die Polizei, die in der Wohnung auf ihn wartete, eröffnete das Feuer. Grashof wehrte sich und schoß zurück. Während die Polizeibeamten, die Grashof durch gezielte Schüsse in die Lunge und in den Kopf lebensgefährlich verletzten, für ihre Pflichterfüllung gelobt wurden, wurde Grashof wegen Mord angeklagt, der Staatsanwalt forderte lebenslänglich. Das Gericht verurteilte ihn.

Der zweite Punkt, in dem das Gericht die Vorwürfe der Anklage als erwiesen ansah, bezieht sich auf einen Banküberfall in Kaiserslautern, bei dem ein Polizist erschossen wurde. Grashof wurde wegen Beihilfe zu „Mord in Tateinheit mit Raub" verurteilt, Jünschke als Haupttäter. Die Beweise? Bei Klaus Jünschke reichte es dem Gericht als „Beweis", daß er in Kaiserslautern in einer Wohnung gewesen sei, daß er angeblich den Fluchtweg erforscht haben soll. Die Tatsache, daß es am Tatort keinerlei Spuren gibt, die auf Klaus Jünschke hindeuten, daß es keinen einzigen Tatzeugen gibt, spielt für das Gericht keine Rolle. Noch weiter geht das Gericht bei Manfred Grashof. Hier reicht dem Gericht — mangels wirklicher Beweise — die Tatsache aus, daß Grashof sich nach Zeugenaussagen einige Wochen vor dem Banküberfall einen Stadtplan von Kaiserslautern gekauft haben soll, um ihn wegen „Beihilfe" zu Mord und Raub zu verurteilen!

Der Grund für dieses empörende Gerichtsurteil? Die Klassenjustiz sieht in Jünschke und Grashof Revolutionäre, die gegen diesen imperialistischen Staat kämpfen und sich auch in jahrelanger Isolationshaft nicht haben „bekehren" lassen. Weil sie standhaft geblieben sind, deshalb sollen sie jetzt ihr Leben lang ins Gefängnis.

Rote Hilfe

Tatsache ist: Allein im letzten Monat wurden drei kommunistische Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung ins Gefängnis gesteckt.

- Martin Peleikis: 7 Monate Gefängnis wegen der Unterzeichnung von einem Flugblatt
- Manfred Schönenberg: 3 Monate Wolfgang Brod: 6 Monate
- weil sie teilgenommen haben an einer Aktion gegen die NPD-Nazis

POLITISCHE GEFANGENEN

Rote-Hilfe-Zeitung, Organ der Roten Hilfe Deutschlands. Erscheint monatlich. Einzelausgabe 0,20 DM, Abonnement für ein Jahr DM 6,00 (einschließlich Porto). Bestellungen an: Büro der RHD, 46 Dortmund, Stollenstr. 12.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Nach zwei Minuten waren sie da!

Ein Kollege erzählte mir neulich folgendes: Seine früheren Nachbarn, eine türkische Familie, hatten ein kleines Kind, 1 1/2 Jahre alt. Das Kind wurde krank und abends kam ein Arzt, der Fieber feststellte und Medikamente verschrieb. In der Nacht und am nächsten Morgen stellte die Mutter fest, daß der Gesundheitszustand des Kindes sich verschlechterte, es bekam blaue Flecken am Hals. Ihr Mann war auf Montage und in ihrer Not rief die Frau bei der Polizei an, sie sollten das Kind ins Krankenhaus bringen. Die Polizei erklärte sich für nicht zuständig. Noch zwei weitere Male lief sie zum Telefon und bat die Polizei, das Kind sofort abzuholen.

Beim vierten Anruf schrie sie voller Verzweiflung ins Telefon: „Jetzt braucht ihr nicht mehr kommen, mein Kind ist tot." Keine zwei Minuten vergingen und die Polizei erschien. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Warum? Wegen der blauen Flecken müsse untersucht werden, ob das Kind geschlagen worden sei. Und die Mutter bekam zu hören: Warum haben sie die Nr. 110 (Polizei) angerufen und nicht 112 (Notruf). Später kam noch raus, daß das Kind an Hirnhautentzündung gestorben war und der Arzt hatte nichts davon gemerkt. Die Familie wollte erst noch Anzeige gegen den Arzt erstatten, dann ließ sie davon ab, denn die Frau konnte es nicht mehr übers Herz bringen, das Kind nochmal aus der Erde holen zu lassen.

Ein Beispiel dafür, was von der Parole zu halten ist: Die Polizei, dein Freund und Helfer.

Ein Genosse aus Dortmund.

Berichtigung

Liebe Genossen!

Bei dem Artikel „Wer sich beschwert, muß zahlen", ist Euch leider ein Irrtum unterlaufen. Zwar wurde wegen meiner Verurteilung zu sieben Monaten eine Verfassungsbeschwerde eingelegt, doch handelt es sich bei dem in diesem Artikel angeführten Beschluß des Bundesverfassungsgerichts nicht um diese Verfassungsbeschwerde. Es ist dies eine Verfassungsbeschwerde, die mein Rechtsanwalt Mairgünther in eigener Sache eingelegt hat. Am ersten Verhandlungstag in Flensburg wurde mein Anwalt wegen angeblicher Prozeßsabotage zur Zahlung der Gerichtskosten (!) verurteilt, 257,20 DM, die per Gerichtsvollzieher bei ihm eingetrieben wurden. Gegen diesen Gerichtsbeschluß ist mein Anwalt durch alle Instanzen gezogen, bis das Oberlandesgericht Schleswig endgültig diesen Beschluß bestätigt hat. Und das, obwohl der Begriff „Prozeßsabotage" zurückgezogen werden mußte, weil es ihn in der heutigen „Rechtssprechung" (noch) nicht gibt. Es gab ihn im Hitlerfaschismus. Anlaß für diesen Beschluß war die Tatsache, daß ich als Angeklagter und er als mein Verteidiger uns weigerten, an der Verhandlung teilzunehmen, solange die anwesenden uniformierten Polizisten nicht aus dem Gerichtssaal abgezogen würden. Gegen diesen Gebührenbeschluß also wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt und vom BVG mit einer Mißbrauchsgebühr belegt.

Rot Front! Martin Peleikis.

Bumerang

Seit einiger Zeit gehört es zum festen Bestandteil der Urteile der Klassenjustiz gegen revolutionäre Angeklagte, daß die Veröffentlichung des Urteils in einer Zeitung verfügt wird. So auch im Fall einer Bielefelder Genossin, die als presserechtlich Verantwortliche für Flugblätter gegen die Polizei verurteilt worden war. Zwei Tage, nachdem das Urteil in der Zeitung erschienen war, erhielt sie einen Brief, in dem es unter anderem hieß: „Wort für Wort stimme ich Ihren verbotenen Behauptungen über die Polizei zu." Dem Brief waren 20 DM beigelegt.

Prozeßankündigung

Am 28. Juni findet beim Landgericht Augsburg die Berufungsverhandlung gegen E. Winter statt. E. Winter war im Oktober letzten Jahres zusammen mit zwei Genossen der GRF wegen angeblichen Parolenmalens zu zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Offensichtlich will die Klassenjustiz den Genossen nicht nur ins Gefängnis bringen, sondern ihn über die hohen Prozeßkosten auch noch finanziell treffen. Die erste Verhandlung dauerte bereits fünf Tage. Jetzt für die Berufungsverhandlung wurden bereits wieder 20 Zeugen (vorwiegend Polizeizeugen) geladen.

Spenden

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die KPD/ML

5.5.	1. Mai Veranstaltung Bonn	196,00
5.5.	1. Mai Veranstaltung Gießen	400,00
10.5.	1. Mai Veranstaltung Düsseldorf	460,00
11.5.	1. Mai Veranstaltung Bielefeld	377,36
11.5.	1. Mai Veranstaltung Duisburg	1.600,00
11.5.	1. Mai Dampferfahrt des Bezirks Nord, Sektion Westberlin	602,33
12.5.	Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Münster	42,02
12.5.	1. Mai Veranstaltung Münster	185,20
13.5.	Stammtisch Neukölln	102,81
16.5.	1. Mai Veranstaltung Heppenheim	67,70
17.5.	1. Mai Veranstaltung Lübeck	238,39
23.5.	Sektion Westberlin	95,50
25.5.	Stammtisch Neukölln	55,00
27.5.	Rote Garde Minden	97,50
31.5.	1. Mai Veranstaltung Dortmund	1.500,00
	insgesamt	**6.019,81**

II. Spenden für die Sektion DDR der KPD/ML

6.5.	Genossen aus Buxtehude	61,00
9.5.	Wochenendschulung der RG Frankfurt	70,00
23.5.	Sektion Westberlin	220,00
24.5.	1. Mai Sammlung der RG Bad Kreuznach	55,80
	insgesamt	**406,80**

III. Spenden für den „Roten Morgen"

27.4.	E. G. München	5,00
2.5.	W. K., Essen	25,00
6.5.	P. K. München	100,00
10.5.	Kunden des Buchladens HH	165,50
13.5.	Arbeitertreff Kiel-Gaarden vom 5.5.	22,38
23.5.	C. A. Hanau	100,00
23.5.	W. N. Köln	106,10
23.5.	Feiern in den Bezirken, Westberlin, für RM Prozesse	214,00
25.5.	P. K. München	100,00
26.5.	RG Minden	97,50
31.5.	Drei Genossen aus Herten für RM-Prozesse	250,00
	insgesamt	**1.283,48**

IV. Spenden für politisch Verfolgte

11.5.	Geburtstagsfeier Köln	97,00
12.5.	W. M. Nördlingen	100,00
16.5.	Jugendtreff Westberlin-Süd, Prozesse	21,00
18.5.	J. B. Essen	20,00
25.5.	W. K. Essen	25,00
25.5.	1. Mai Sammlung Freiburg	126,34
31.5.	Genossen aus Dortmund für pol. Gefangene	10,00
	insgesamt	**399,34**

V. Sonstige Spenden

11.5.	W. H. Augsburg, für die RKP Chile	50,00
18.5.	Sammlung Speyer für die RKP Chile	70,00
23.5.	Sammlung Westberlin für politische Gefangene in Spanien	137,50
23.5.	Westberlin Bezirk Nord für die Rote Garde	46,00
	insgesamt	**303,50**

Seit der letzten Veröffentlichung gingen somit an Spenden auf die Konten der KPD/ML ein 8.412,93 DM.

Neuerscheinung im Rotfront-Verlag

"Als die Nacht verging..."

Im Rotfront-Verlag ist jetzt der revolutionäre Roman „Als die Nacht verging . . .“ von Iwan F. Popow erschienen. Der zweibändige Roman schildert die Arbeit und den Kampf der Bolschewiki in einer der schwierigsten Perioden der russischen Revolution, in den Jahren von 1907 bis 1913, in der die Partei Lenins und Stalins nach der Niederlage der Revolution von1905 einen erbitterten Zweifrontenkampf führen mußten: gegen das Blutregime des zaristischen Ministers Stolypin und gegen die Verräter in den eigenen Reihen: die Menschewiki und Liquidatoren, die die Partei zerschlagen wollen. Trotz Illegalität und Terror entlarven jedoch die Bolschewiki die Intrigen der Opportunisten, sammeln die nach der Niederlage versprengten revolutionären Kräfte, stellen neue Verbindungen zum Proletariat her. Schließlich gelingt es ihnen die Partei zu reorganisieren. Das Ende des Romans findet sie am Vorabend eines neuen revolutionären Aufschwungs: *„Die düstere Zeit liegt hinter uns. Die Nacht vergeht, bald wird unser Angriff einsetzen.“*

Der Verfasser des Buches, Iwan F. Popow, hat an diesen Kämpfen selbst teilgenommen. 1886 geboren, wurde er wegen seiner Beteiligung am Moskauer Aufstand 1905 verhaftet und verbannt. Ins Ausland geflohen, arbeitete er von 1908 an unter Lenins direkter Leitung im Internationalen Sozialistischen Büro in Brüssel. 1918 kehrte er nach Rußland zurück, wo er als Schriftsteller lebte. Seinen Roman *„Als die Nacht verging. . .“* schrieb er 1950. Am 10. 12. 1957 ist Iwan F. Popow gestorben.

Im Mittelpunkt des Romans steht der junge Moskauer Berufsrevolutionär Pawel. Nach einer abenteuerlichen Flucht aus der sibirischen Verbannung wird er zur Parteiarbeit in Moskau eingesetzt. Die Lage ist schwierig. Gehetzt von den Spitzeln der zaristischen Ochrana, führt er das harte Leben eines illegalen Parteiarbeiters. Unter der Anleitung eines väterlichen Freundes und Genossen, des bolschewistischen Kaders und Vertrauensmannes von Lenin, „Schraubstock“, agitiert er unter Fabrikarbeitern, sucht Veteranen des Kampfes von 1905 auf, versucht, die in Moskau fast zerschlagene Parteiorganisation zu reorganisieren. Oft genug müssen Pawel, „Schraubstock“ und ihre Genossen gegen Verrat, Resignation und niederträchtige Intrigen kämpfen. Die Menschewiki führen das große Wort. Unter den kleinbürgerlichen Elementen und Intellektuellen herrscht Zersetzung, Niedergeschlagenheit, Verrat.

Pawel selbst ist nicht ohne Fehler. Jung und unerfahren, mangelt es ihm an revolutionärer Geduld. Bei der Durchführung illegaler Kundgebungen vor Fabriktoren macht er einen Fehler, der beinahe verhängnisvoll werden soll . . . Zur Bewährung und Erziehung wird Pawel in eine Textilfabrik entsandt, um den dortigen Arbeiterinnen und Arbeitern bei der Organisierung eines Streiks zu helfen. Auf beiden Seiten wird der Kampf erbittert geführt. Der Streik kommt zustande, Pawel jedoch wird verhaftet, eingekerkert und von den zaristischen Gendarmen brutal mißhandelt. Schließlich gelingt ihm die Flucht.

Der zweite Band des Romans findet den Helden zurück in Moskau. Die Lage ist noch komplizierter geworden. Die illegalen Treffs, die er kennt, sind aufgeflogen, wichtige Kader verhaftet. Endlich findet Pawel erneut den Kontakt zur Partei. Mit ihr führt er den großen, heimlichen und offenen, legalen und illegalen, ideologischen und politischen Kampf der Bolschewiki gegen die Liquidatoren und Menschewiki in den Gewerkschaften und legalen Organisationen der Arbeiterklasse um die Eroberung der klassenbewußten Arbeiter. Kompromißlos bekämpfen sie die Machenschaften der Opportunisten.

Da trifft sie ein furchtbarer Schlag: Aus dem Ausland kommen Abgesandte des Zentralkomitees mit der Nachricht, Bolschewiki und Menschewiki in der Partei hätten sich ausgesöhnt und vereinigt. Pawels und „Schraubstocks“ Kampf wird als sektiererisch und spalterisch verurteilt. Verrat, Intrige oder . . .? Doch Pawel ist inzwischen ein gereifter proletarischer Revolutionär. Er läßt sich nicht beirren. Schwer zu schaffen macht ihm aber, daß seine Freundin Klawdia, die er liebt, offenbar zu den Versöhnlern übergegangen ist. Was soll er tun . . .?

So entwickelt der Roman ein umfassendes, auf jeder Seite fesselndes und spannendes Bild vom Kampf der Bolschewiki. Die Agitation unter den Arbeitern, die Kombinierung von legalen und illegalen Kampfformen, der Kampf gegen Provokationen und Verrat, die Arbeit in den Gewerkschaften, Streiks und Kundgebungen, illegale Treffs und Konferenzen, der tagtägliche Kampf gegen die zaristischen Spitzel, der ideologische Kampf gegen die Opportunisten, die Entlarvung ihrer Intrigen, Verbannung, Gefängnis, Flucht; die unerschütterliche Beharrlichkeit und Treue der klassenbewußten Arbeiter, das Schwanken und der Wankelmut der "sympathisierenden" Intellektuellen, die raffinierten Manöver der arbeiteraristokratischen menschewistischen Funktionäre, der Mut und die Entschlossenheit der Bolschewiki, denen die Führung Lenins und Stalins Kraft gibt durchzuhalten, all das schildert dieser Roman. Wegen seines hohen politischen Niveaus und seiner spannenden Handlung sollte er jedem jungen Genossen in die Hand gegeben werden.

Leseprobe

Der Abend kam heran. Es dämmerte. Die hellen Punkte der Laternen flammten auf . . . Ich stand auf der Steinbrücke. Im Kreml war es still, hinter Dorogomilowo glomm noch der letzte Streifen des Abendrots. Dann trug mich der lärmende, lebhafte abendliche Straßenverkehr wie ein Sandkorn davon. Aber ich war von stolzen Gedanken erfüllt: Immer näher rückt der Augenblick, ich verlasse diese Menge, biege in eine Quergasse ab — und dann wird etwas Großes geschehen, etwas, das man als Ereignis bezeichnet, vielleicht sogar als Glied eines historischen Ereignisses. Mein Herz klopfte wild.

Im Quergäßchen war es noch leer. Niemand kam vorbei. Wie in einer Mühle das Wasser in die Leitrinne rauscht, ertönte hier das Gespräch der Fabrikspindeln. In seiner Regelmäßigkeit und seinem Gleichklang erweckte es jedoch den Eindruck völliger Stille. Unten rechts, am Ende des Gäßchens, lag die Fabrik. Obwohl die Fenster schmutzig und eng wie Spalten waren, überflutete das herausdringende Licht doch die Gasse, so zahlreich waren sie. Das Licht legte sich in schmalen Streifen über den Schnee.

Schräg gegenüber dem Fabriktor machte ich halt und setzte mich auf eine Bank in der Nische einer Kirchenmauer. Von hier aus konnte ich den Fabrikausgang gut überblicken. Ich schaute auf die Uhr — nur noch zwei Minuten bis zum Schichtwechsel. Von der Fabrik her hörte man immer noch das gleichmäßige Dröhnen der Spindeln, nichts kündigte das nahe Ende der Schicht an. Vielleicht hatte ich mich geirrt, und die Arbeit hörte noch lange nicht auf? Es war gut, wenn sie länger dauerte, es war gut, alles auf morgen zu verschieben, morgen würde ich meine Sache besser machen. Nein, lieber heute, lieber gleich jetzt, rasch, in dieser Minute, in diesem Augenblick.

War schon eine Minute vergangen? Ich warf einen Blick auf die Uhr, nein, noch nicht, erst vierzig Sekunden. Und irgendwo in der Ferne, jenseits irgendeiner Grenze lebte Moskau sein Alltagsleben. In der Tasche kam mir die Arbeitermütze unter die Finger, ich wollte sie schon aufsetzen. Alles war bereit, nur mein Kopf schien leer. Ich hatte keine Ahnung, wovon ich reden, womit ich beginnen sollte. Ach, wenn es doch bloß endlich so weit wäre!

„Wo jagt dich der Teufel herum?“ ertönte die Stimme einer alten Frau hinter dem Tor des Nachbarhofes. „Spatzen kletterst du nach? Na, dann hält das Tauwetter lange an, wenn die Katze zum Spielen aufgelegt ist.“

Plötzlich erklangen im Fabrikhof die scharfen, klirrenden Töne einer Glocke, erst langsam, dann immer rascher, bis sie zu einem Alarmwirbel wurden. Im nächsten Augenblick verstummte der Menschenlärm wie abgerissen, im Gäßchen schien es kühler geworden zu sein. Ich nahm die Kappe vom Kopf, steckte sie in den Rock, holte die Arbeitermütze aus der Tasche und schob sie mir in die Stirn. Die Glocke klang immer weiter. Dann schwieg sie mit einem Mal, als sei ihr Herz vor Erregung und Erwartung stehengeblieben. Die Bewegung der Menschenmassen in der Fabrik war bis hierher zu spüren, ich hörte Stimmengewirr. Endlich öffneten sich die beiden Torflügel. Als erste rannte eine kleine Gruppe von zwanzig bis dreißig Mann heraus, um gleich vor dem Tor auf dem Bürgersteig stehenzubleiben. Ich riß mich von meinem Sitz los und lief quer über die Gasse. Ich war noch auf der Fahrbahn, als die Menge dicht aus dem Tor zu strömen begann. Einige blieben stehen, als warteten sie auf etwas, die Mehrzahl entfernte sich nach allen Seiten. Ich sprang auf einen Prellstein und rief so laut ich konnte: „Genossen!“

Sofort war ich dicht umringt von der Gruppe, die als erste herausgekommen war. Das waren die Arbeiter, die von der Versammlung wußten und mit uns sympathisierten. Aber auch die anderen, die schon weggehen wollten, blieben jetzt stehen.

Ich rief noch einmal: „Genossen!“ und überflog die Menge. Dreibis vierhundert hatten sich bereits versammelt, und aus dem Hof kamen immer mehr dazu. Sie versperrten fast die ganze Gasse. In der vierten oder fünften Reihe vor mir stand ein hagerer, rothaariger und sommersprossiger älterer Arbeiter mit einer Mütze, deren Schirm halb abgerissen herabhing, er trug eine schmutzige wattierte Baumwolljacke und starrte mich regungslos an. Sein Blick hatte etwas Spöttisches, im voraus Enttäuschtes, als wollte er sagen: Nun rede schon, leg los, wir haben das alles schon mal gehört. Neues wirst du uns auch nicht sagen können. Aber auch ich heftete meinen Blick auf ihn und wandte ihn während der ganzen Zeit nicht ab. Alle anderen waren für mich gar nicht da, nur ihn wollte ich aufrütteln und auf unsere Seite ziehen, nur ihn sah ich während der zwei oder drei Minuten, die ich sprach. Und ich sagte ihm aus vollem Herzen, daß es keine Kraft gäbe, die uns beide besiegen oder zum Halten zwingen könne, daß die Zeit nicht stillstehe und alles auf der Welt für uns arbeite, daß wir die Tage des Aufschwungs, des Sieges und Triumphs noch erleben würden und keinen Grund hätten, die Köpfe hängen zu lassen, daß wir unverwüstlich seien und daß unsere Partei fest und unerschütterlich dastehe.

Ich sah an seinem Gesicht, wie er mitzudenken begann, sah, wie sich sein Blick aufhellte, wie seine seelische Verdüsterung zu weichen begann. Er rückte sich seine armselige Mütze ins Genick, die kleinen Fältchen in den Augenwinkeln zuckten, seine Augen begannen zu leuchten, schon deutete sich ein aus dem Herzinnern kommendes Lächeln an, als er plötzlich unruhig wurde, sich von meinem Blick losriß, umwandte, etwas bemerkte und mir zurief: „Lauf, mein Lieber!“

Hinter ihm wurden Rufe laut: „Polizei! Genossen, lauft!“

Das, was ich nun tat, geschah völlig automatisch. Zum Überlegen blieb mir keine Zeit. Ich hob die Hand und rief: „Halt, Genossen! Ruhe! Wir wollen schließen!“ Meine Kaltblütigkeit wirkte beruhigend. Jemand rief: „Keine Panik!“ Eine andere Stimme unterstützte: „Mehr Haltung! Schützt den Redner! Lauft nicht gleich auseinander!“ Ich sprach noch zwei Sätze und rief dann die Losung. Man klatschte mir Beifall. Etwa hundert Menschen drängten sich dicht an mich heran.

Am Rande der Menge brüllte der Polizist: „Zurück! Auseinander!“ Aber offensichtlich wagte er nicht, den Wall von Menschen zu durchbrechen. Mein sommersprossiger Freund schrie zurück: „Weg mit dem Polizisten!“ Er wurde zum Fabriktor zurückgedrängt und setzte nun seine Pfeife in Aktion.

Wir liefen als dichtgedrängtes Rudel zur Kanawastraße hinunter. An der Kreuzung gab ein Arbeiter das Kommando, sich zu teilen. Die eine Gruppe lief zur Kanawastraße weiter, eine zweite bog nach rechts ab, und ich befand mich in der dritten Gruppe, die nach links zum Kaluschskajaplatz lief. Der gleiche Arbeiter befahl nun, das Tempo zu mäßigen und im Schritt weiterzugehen. Wir hörten Pfiffe und die Verfolgung der beiden anderen Gruppen. Wir bogen um die Ecke. Man zeigte mir einen Durchgangshof. Ich trat ein und nahm in einem finsteren, menschenleeren Winkel die Arbeitermütze ab, holte die Pelzkappe aus dem Rock, zupfte meine Kleidung zurecht, knöpfte den Rock ordentlich zu, steckte die Hände in die Taschen und nahm den behäbigen, langsamen Gang an, der sich für einen Menschen schickt, der sorglos die Abendruhe genießt.

„Wo treibt dich bloß der Teufel herum? Was hast du Mistvieh in fremden Höfen zu suchen? Miez, Miez!“ Das war doch die mir schon bekannte Brummstimme der alten Frau. Ich war also an der gleichen Kirche angelangt, an der ich — es war eine Ewigkeit her — gesessen hatte. War das wirklich vor einer Ewigkeit gewesen? Ich blickte auf die Uhr: Eine knappe Viertelstunde war seither vergangen! Da ging ja auch noch die alte Frau mit ihrer Katze spazieren. Wieviel kann man in einer so kurzen Zeitspanne erleben!

Ich trat auf das Gäßchen hinaus. Vor den Haustoren standen da und dort Menschen, Gesprächsfetzen flogen durch die Luft . . . Klug hatten die Genossen sich meine Rückzugslinie zurechtgelegt: Hier würde mich natürlich kein Mensch suchen. Ich ging ohne Hast, mit gemessenen Schritten weiter, wie ein Mensch, der durch Liegenschaften oder vielleicht gar durch hohe Kapitalrenten sichergestellt ist. Was braucht so einer schon Eile zu haben.

„Ist was geschehen?“ fragte ich eine kleine diskutierende Einwohnergruppe.

Jetzt war ich in der Jakimankastraße. Jemand stimmte an: „Ach Kanawa, du Kanawa, stiller Arm am Moskwafluß!“ Ich ging über die Steinbrücke. Ruhig und still lag der Kreml da. Das Abendrot über Dorogomilowo war erloschen. Und wieder schwamm ich als Sandkörnchen im lebhaften Abendverkehr der Großstadt davon.

10 Jahre 'Roter Morgen'

"Hast Du Deine Waffe schon erkannt?"

„Genossinnen und Genossen! Ihr haltet die erste Ausgabe der Zeitschrift ‚Roter Morgen' in den Händen. Wer schon jetzt, nachdem er unsere Erklärung, die Erklärung einer nicht unbedeutenden Gruppe Marxisten-Leninisten der Wasserkante, gelesen hat, erschreckt davoneilt, um das Blatt in den nächsten Ofen zu werfen, dem ist schwerlich zu helfen. Er ist das Dümmste, was man sich denken kann: ein Mensch ohne eigene Meinung."

Nun, die Gefahr, daß diese erste Ausgabe des „Roten Morgen" ungelesen in der Versenkung verschwand, bestand nicht. Der „Rote Morgen" mit der Erklärung der Marxisten-Leninisten der Wasserkante, in dem dem US-Imperialismus, dem westdeutschen Imperialismus, den Sowjetrevisionisten und ihren sklavischen Nachbetern der Kampf angesagt und die Große Proletarische Kulturrevolution begeistert begrüßt wurde, schlug ein wie ein reinigendes Gewitter. Selten dürften drei Blätter Papier so viel Aufregung ausgelöst haben wie diese erste Ausgabe des „Roten Morgen", die, getippt und hektographiert, am 1. Juli 1967 rund 5.000 Mitgliedern und Anhängern der KPD, aber auch revolutionär gesinnten Menschen außerhalb der Reihen der KPD ins Haus flatterte.

Während die aufrechten Revolutionäre in Deutschland die neue marxistisch-leninistische Zeitschrift mit Begeisterung aufnahmen, sie mit Spenden unterstützten und weiter verbreiteten, tobte der Klassenfeind. Die Revisionisten spuckten Gift und Galle. Die Klassenjustiz beeilte sich, die dreijährige „Bewährungs"frist für eine Gefängnisstrafe, die gegen Ernst Aust, den Herausgeber des „Roten Morgen" noch von seiner früheren Redakteurstätigkeit her bestand, um ein Jahr zu verlängern. Und die Kapitalisten der Ruberoidwerke, bei denen Ernst Aust beschäftigt war, leiteten seine Entlassung in die Wege, weil — wie sie dem Arbeitsgericht zu verstehen gaben — „die Beklagte die Werbung für ihre Produkte nicht Personen anzuvertrauen pflegt, die sich von ihr ausgebeutet fühlen und alles in ihren Kräften Stehende tun, den Anbruch eines Roten Morgens herbeizuführen, in dessen Licht mit Sicherheit für die Beklagte sich nicht der geringste Platz an der Sonne finden würde." (Was der „Rote Morgen" damals übrigens mit der Bemerkung kommentierte: „Sehr richtig — die Redaktion").

So verschieden die Reaktion der Leser des „Roten Morgen" damals — je nach ihren Klasseninteressen — war, so hatten doch der Haß auf der einen und die Begeisterung auf der anderen Seite eine gemeinsame Ursache: Jeder, der den „Roten Morgen" in die Hand nahm, spürte, daß es in Deutschland wieder eine wahrhaft kommunistische Zeitung gab, eine Zeitung, die, wie es Ernst Thälmann von einer kommunistischen Zeitung verlangte, ein „scharfes Schwert der proletarischen Revolution" war. Keines dieser bürgerlichen oder revisionistischen Blätter, das seine Parteinahme für die Interessen der Bourgeoisie hinter dem Etikett „unabhängig" zu verbergen suchte, sondern eine Zeitung, die immer — als Organ der Marxisten-Leninisten der Wasserkante und später als Zentralorgan der KPD/ML — offen und kämpferisch Partei ergriff: für die Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus, für den Sieg der proletarischen Revolution in beiden Teilen Deutschlands, für die Verwirklichung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Das erforderte zunächst die Entfaltung einer breiten und tiefgehenden Kritik am modernen Revisionismus — wie sie besonders gründlich in der Auseinandersetzung mit dem revisionistischen Programm der KPD, beim faschistischen Überfall der Sozialimperialisten auf die CSSR, bei der Gründung der D„K"P geschah. Das erforderte den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten auf einer prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Grundlage mit dem Ziel, eine geschlossene, kampfstarke Vorhutpartei des Proletariats aufzubauen, die den Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zum Sieg über den Imperialismus führen kann. Diese Partei, die KPD/ML, entstand an der Jahreswende 1968/69.

Seitdem ist der „Rote Morgen" das Zentralorgan der Partei, das vom Zentralkomitee herausgegeben wird. Kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator, dessen Aufgabe es ist, die Partei politisch zu stärken, die Linie der Partei in die Massen zu tragen, die Verbindung der Partei mit den Massen auszuweiten und zu festigen. Und zwar seit über einem Jahr nicht nur in Westdeutschland und Westberlin, sondern auch in Ostdeutschland, wo der „Rote Morgen — Ausgabe DDR" in strengster Illegalität vertrieben werden muß.

Ein Rückblick auf die 10jährige Geschichte des „Roten Morgen" ist nicht zu trennen von der Entwicklung des Klassenkampfes in dieser Zeit. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auch nur auf die wichtigsten Ereignisse einzugehen, zu denen der „Rote Morgen", oft als einzige Zeitung, nicht in den Chor bürgerlich-revisionistischer Hetze einfallend, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus Stellung nahm. Hier sei nur erinnert an die Begrüßung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, an die Verurteilung des Einmarsches in die CSSR, an die Unterstützung des Kampfes der indochinesischen Völker und die Propagierung des Klassenkampfs im eigenen Land, an die Verteidigung der revolutionären Gewalt in Zeiten wie den Anschlägen auf die NATO-Hauptquartiere in Heidelberg und Frankfurt, wo der gesamte bürgerliche Pressewald Zeter und Mordio schrie, an den Kampf anläßlich des Besuchs Breschnews in der Bundesrepublik, an den beharrlichen Kampf gegen die Mauer in Berlin und gegen die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten, an die stetige Unterstützung der Kämpfe der Arbeiter und der anderen Werktätigen und die Entlarvung der Feinde in ihren eigenen Reihen, des reaktionären DGB-Apparats und der D„K"P-Revisionisten, an den Kampf gegen die fortschreitende Faschisierung usw.

Für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der Partei kann es nur einen Standpunkt geben, von dem aus er in die Klassenkämpfe eingreift. Das ist der Standpunkt des Marxismus-Leninismus und der Partei. Niemals könnte der „Rote Morgen" seine Aufgabe erfüllen, wenn er — wie es etwa die Liquidatoren fordern — ein „Diskussionsorgan" wäre, in dem verschiedene politische Standpunkte und Linien „friedlich" nebeneinander bestehen würden. Die einzigen, die sich darüber freuen würden, wären die Feinde der Arbeiterklasse, denn die so entstehende politische Führungslosigkeit der Arbeiter käme ja ihnen zunutze. Deshalb ist es im Gegenteil die Aufgabe des „Roten Morgen", alle opportunistischen, dem Marxismus-Leninismus und den Interessen der Arbeiterklasse fremden und feindlichen politischen Anschauungen und Linien schonungslos zu bekämpfen und zu entlarven. Auf diesem Weg, den der „Rote Morgen" auch beschritten hat, hat er sich die Sympathie vieler Werktätiger erworben und auch einen großen Beitrag dazu geleistet, ehrliche Revolutionäre, die von opportunistischen Zirkelführern verwirrt worden waren, für die Partei zu gewinnen.

Auf diese konsequente Parteinahme des „Roten Morgen" für die Interessen der Arbeiterklasse hat die Bourgeoisie mit der Verfolgung des „Roten Morgen" reagiert. Mit Prozessen gegen Redakteure, Verleger und Verkäufer. Allein die Gefängnisstrafen gegen Redakteure des „Roten Morgen" belaufen sich inzwischen auf zwei Jahre. Sieben Ausgaben des „Roten Morgen" wurden beschlagnahmt. Das „Verbrechen", dessen die Staatsanwälte den „Roten Morgen" anklagten, war immer das gleiche, das „Überschreiten des erlaubten Maßes der Kritik". Natürlich, der Klassenjustiz wäre es am liebsten, der „Rote Morgen" würde nur noch so viel Kritik üben, wie die Bourgeoisie „erlaubt", würde ihre Gesetze und ihre Herrschaft als Maß aller Dinge akzeptieren. Das fällt uns natürlich im Traum nicht ein.

Dieses Ziel wird die Bourgeoisie auch mit noch härteren Verfolgungsmaßnahmen niemals erreichen. Unsere Meinung dazu ist: Wir sind dagegen (und kämpfen dagegen), aber wir fürchten uns nicht. Wir halten es mit dem Genossen Mao Tsetung, der sagte: "Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht. Wenn er uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, so zeigt das nur, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben." Der beste Beweis dafür ist, daß so mancher Werktätiger den „Roten Morgen" gerade deshalb zum ersten Mal in die Hand nahm, weil er die meistverfolgte Zeitung ist; daß der „Rote Morgen" sich von Jahr zu Jahr auf die Solidarität und Sympathie einer wachsenden Zahl von Freunden stützen konnte; daß ihn immer mehr Werktätige als ihre Waffe im Klassenkampf erkannten und einsetzten und den „Roten Morgen" als ihre Zeitung betrachteten.

Diese Entwicklung des „Roten Morgen" von der monatlich erscheinenden hektographierten DIN A 4-Ausgabe zu unserem heutigen „Roten Morgen", zu einer Zeitung, die immer aktueller, lebendiger und konkreter in die Klassenkämpfe eingreift, die heute eine vervielfachte Zahl von Abonnenten und Lesern besitzt, wäre nicht möglich ohne die Unterstützung von zahllosen Genossen und Freunden. Deshalb gilt ihnen allen anläßlich des 10jährigen Bestehens des „Roten Morgen" der ausdrückliche Dank der Partei.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Nr.1 1.Jahrgang Juli 1967

Zeitschrift der KPD Marxisten-Leninisten

Erklärung der Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei Deutschlands

Angesichts des 50. Jahres der großen Sozialistischen Oktoberrevolution, angesichts der ruhmreichen Verdienste Lenins um die Befreiung der Menschheit, angesichts unserer Liebe zum Sowjetvolk, verurteilen wir aufs schärfste den schamlosen, ungeheuerlichen Verrat, den die Kossygin-Breshnew-Clique an den Völkern der Sowjetunion, an dem gesamten internationalen Proletariat und den um ihre Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus kämpfenden Völkern der Welt, begeht.

Unsere heißen, brüderlichen Kampfesgrüße entbieten wir dem Genossen Mao Tse-tung, der unter dem Banner seiner Lehren siegreich voranschreitenden Kulturrevolution, seinem engen Kampfgefährten Lin Biao, der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas und dem das Banner der Sozialistischen Revolution zum endgültigen Sieg führenden chinesischen Volk.

Tod dem Imperialismus der USA, seinen westdeutschen und anderen Lakaien! Unversöhnlicher Kampf den Sowjetrevisionisten und ihren sklavischen Nachbetern in anderen Ländern.

Es lebe das große China, das internationale Hauptbollwerk des Sozialismus!

Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas, die mächtige Avantgarde der revolutionären Weltbewegung!

Es lebe Genosse Mao Tse-tung, der größte Marxist-Leninist unserer Zeit!

Genossinnen und Genossen!

Ihr haltet die erste ...

Ihr alle wißt oder ...

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

3.Jg. Dez.68/Jan.69 50 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten gegründet

Am 31. Dezember 1968 konstituierte sich in Hamburg am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Angesichts der revisionistischen und unterwürfigen Politik der DKP/KPD gegenüber der Monopolbourgeoisie hatten sich überall in Deutschland die bewußten revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft und der Intelligenz zusammengefunden, um getreu der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin und ...

zerschlagen und dessen reformistischen und revisionistischen Handlangern Einhalt gebieten kann.

33 Delegierte aus allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins berieten auf dem Gründungsparteitag über die nach Diskussion in den einzelnen Gruppen vorgelegten Papiere: Erklärung zur Gründung der KPD/ML, Statut und Richtlinien für die einzelnen Kommissionen. Nach lebhafter Aussprache wurden die Entwürfe geringfügig geändert angenommen. Im An...

Das Kohlepapier

Bereits frühzeitig im Jahre 1966 hatten wir, Hamburger Genossen der KPD, uns Gedanken um die notwendige Herausgabe einer marxistisch-leninistischen Zeitschrift gemacht, um dem revisionistischen Verrat entgegenzutreten. Nicht umsonst in Vorahnung des kommenden „Unheils" hatten die Parteibonzen, als ihnen der Genosse Ernst den auf seinen Namen eingetragenen Verlag des „Blinkfüer" vor die Füße warf, in ihrem „Kauf- und Übernahmevertrag" die Klausel verankert: „(10) Der Verkäufer verpflichtet sich, innerhalb der nächsten drei Jahre keine den unter (1) Blinkfüer etc. angeführten Objekten ähnliche Publikationen im bisherigen Vertriebsgebiet herauszugeben." Nun, niemand wird behaupten wollen, daß der anderthalb Jahre später erscheinende „Rote Morgen" den revisionistischen Gazetten ähnlich war.

Im Frühjahr 1967 begannen die Pläne um die Herausgabe der Zeitschrift „Roter Morgen" konkretere Gestalt anzunehmen. Das A und O war dabei, das Besorgen der Adressen von Genossen und Sympathisanten der Partei. Die rund 5.000 Adressen von „Blinkfüer"-Abonnenten hatten wir bereits im Kasten. Doch je mehr, so dachten wir, desto besser.

Zu jener Zeit jedoch war, infolge unseres offenen Eintretens innerhalb der Partei für die revolutionäre Politik der KP Chinas parteiintern schon eine Warnung erfolgt. Schließlich waren ja Ernst und ich schon länger als „Chinesen" verschrien. Bereits auf einer Julklapp-Feier 1964 hatten uns die Zellengenossen in deutlicher Anspielung ein chinesisches Teeservice geschenkt. Was damals noch Flax, war inzwischen bitterer Ernst geworden. Unsere Zellensekretärin hatte offensichtlich höhererseits die Anweisung erhalten, uns gegenüber besonders vorsichtig zu sein. Noch wagte man allerdings nicht, — Ernst war ja noch Funktionär der Partei — offen gegen uns vorzugehen. So kam es, daß unsere Zellensekretärin mich eines Tages bat, für sie die ca. 300 Anschriften von Bezieherinnen der „Aktuellen Frauenpost", einer Zeitschrift der Friedenstantenbewegung, auf neue Adressfelder zu schreiben, mit mehreren Kopien. Natürlich wollte sie die Kartei, für die sie verantwortlich war, dabei nicht aus der Hand geben. So mußte ich zu ihr in die Wohnung kommen. Beim Schreiben schwänzelte sie dauernd um mich herum, paßte auf wie ein Luchs, daß ich ja keine Adresse in meinen Besitz brächte. Was also tun?

Vorsichtshalber hatte ich einen Karton Kohlepapier mitgebracht, da ich wußte, es sollten vier Durchschläge gemacht werden. Während ich nun das Kohlepapier einlegte, überlegte ich: Machst du fünf Durchschläge, kommt sie dahinter. Die Karteikarten verschwinden lassen, ging auch nicht. Also kam ich auf folgenden Trick. Für die vier Durchschläge brauchte ich vier Kohlebögen. Jedes Mal, wenn ich nun neu einspannte, wechselte ich einen Kohlebogen aus und nahm einen neuen. Den nur einmal gebrauchten legte ich unauffällig beiseite. Die Zellensekretärin bemerkte nichts. Für sie waren die zur Seite gelegten Kohlebögen schwarz, Abfall, zum Wegwerfen. So fiel es ihr auch nicht auf, daß ich diese Bögen, als die Arbeit beendet war, in meiner Tasche verschwinden ließ. Denn für mich waren die Kohlebögen keinesfalls nur schwarz. Zu Hause angekommen, brauchte ich sie nur zu beleuchten und die Anschriften abzuschreiben. Abschreiben für den Versand des ersten „Roten Morgen". Und beileibe nicht alle Frauen erwiesen sich als folgsame Lämmlein ihrer revisionistischen Frauenfriedenstanten. Wenn sie auch noch nicht den Schritt an unsere Seite machten, so erkannten sie doch den Verrat. Und der Verrat der modernen Revisionisten an den Interessen der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes erkennen, ist der erste Schritt an die Seite der revolutionären Vorhutpartei des deutschen Proletariats, der KPD/ML.

Waltraud

Aus aller Welt

NAMIBIA

Ein neues grausames Verbrechen haben die südafrikanischen Rassisten in Windhuk begangen. Der 25 Jahre alte Filemon Nangolo, ein Kämpfer der Befreiungsbewegung, wurde von ihnen an den Galgen gebracht. Der Patriot, der zuvor von der Rassistenpolizei schwer verwundet worden war, wurde gelähmt zum Galgen getragen und gehängt. Dieser Mord, den die reaktionäre Vorster-Clique in dem von ihr widerrechtlich besetzten Namibia verübte, zeigt erneut, was von den Komplotten der Supermächte zu halten ist, die gegenwärtig eine „friedliche Lösung" in Namibia und in den anderen von den Rassisten beherrschten Gebieten des südlichen Afrikas propagieren.

Die namibischen Patrioten haben sich stets geweigert, diese Komplotte anzuerkennen und sich ihren Feinden zu unterwerfen. Sie haben ihre Kampftätigkeit erweitert und versetzen den südafrikanischen Rassisten Schlag auf Schlag. Allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres haben die Patrioten über 250 Rassisten getötet, fünf Flugzeuge abgeschossen und neun gepanzerte Fahrzeuge der feindlichen Truppen zerstört. Sie haben Gebiete im Norden und Nordwesten des Landes befreit und ihre Positionen in dem strategisch wichtigen Caprivi-Zipfel gefestigt.

PALÄSTINA

Die palästinensischen Partisanen setzen ihre kühnen Aktionen gegen die israelischen Besatzer fort. Nach einer Aktion vor einigen Tagen im Zentrum von Tel Aviv führten die palästinensischen Partisanen am 30. Mai eine weitere Aktion auf den besetzten Golanhöhen durch. Eine Einheit legte nachts eine beträchtliche Menge Sprengstoff in ein Militärdepot der israelischen Besatzer. Durch die Explosion erlitt der zionistische Feind beträchtlichen Sachschaden. Den Nachrichtenagenturen zufolge ist das eine der größten Aktionen der letzten Zeit. Nach der Explosion machte sich unter den Besatzungskräften Panik breit. Die neue Aktion der palästinensischen Partisanen zeigt erneut ihre Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen.

IRAN

Eine zwölftägige Militärübung im Iran wurde von der CENTO durchgeführt. Die CENTO ist ein aggressiver Militärpakt, in dem unter der Führung der amerikanischen Imperialisten verschiedene Staaten des Nahen Ostens zusammengefaßt sind. Die neuerlichen Aktivitäten dieses Paktes sind ein weiteres Zeichen dafür, daß das Entspannungsgerede der beiden Supermächte nur Heuchelei ist. Genau wie Moskau so denkt auch Washington nicht daran, auch nur einen Soldaten abzurüsten. Im Gegenteil, die amerikanische Supermacht baut ihr Netz von aggressiven Militärbündnissen und Stützpunkten immer weiter aus. Die Anwesenheit der Truppen und Kriegsschiffe der Supermächte stellt eine große Gefahr für die Völker des Nahen Ostens dar. Immer lauter wird daher ihr Ruf: „Supermächte raus!"

EKUADOR

Von empörten Demonstranten empfangen wurde Rosalynn Carter, die Frau des amerikanischen Präsidenten, in Quito. Sie setzten Absperrungen in Brand und warfen Steine. Carter hat seine Frau auf eine Rundreise durch Lateinamerika geschickt, damit sie Reklame für seine angeblich „neue Außenpolitik" macht. Die Werktätigen Lateinamerikas wissen aber genau, daß neu an dieser Politik nur die Verpackung ist. So bereiteten sie Rosalynn Carter den gleichen Empfang wie seinerzeit dem berüchtigten Monopolkapitalisten Rockefeller, der sich schließlich bei seiner Rundreise nicht mehr in der Öffentlichkeit zeigen konnte.

BRASILIEN

Die großen Städte Brasiliens waren in den letzten Tagen Schauplatz mächtiger Studentendemonstrationen. An einem Aufmarsch in Sao Paulo nahmen etwa 3.000 Studenten teil. Sie verurteilten mit ihren Losungen nachdrücklich die brutale faschistische Gewalt, die im Lande herrscht. Sie forderten ferner die Freilassung einiger Dutzend Arbeiter und Studenten, die bei den Maidemonstrationen in Brasilien verhaftet worden waren. Die Protestbewegung gegen die politische Unterdrückung durch das faschistische Regime hat sich auf Belo Horizonte, Curitiba, Porto Alegre und andere Gebiete ausgedehnt. In Rio de Janeiro bekundeten etwa 4.000 Studenten ihre Solidarität mit ihren Kommilitonen von Sao Paulo. Auch sie führten Kundgebungen und Demonstrationen durch.

EL SALVADOR

Die Streiks, Demonstrationen und Protestkundgebungen in dem mittelamerikanischen Land dauern an. Sie greifen jetzt auch auf die ländlichen Gebiete über, wo die Bauern ihre Stimme immer lauter gegen Ausbeutung und Unterdrückung erheben. Dieser Tage führten einige Tausend Bauern in der Umgebung von San Salvador eine mächtige Demonstration durch. Ein großes Aufgebot von Militär und Polizei wurde gegen sie eingesetzt. Die Unterdrückungskräfte griffen zu den Schußwaffen. Sieben Demonstranten wurden dabei getötet und zahlreiche weitere verletzt.

SCHWEDEN

Etwa 3.000 schwedische Hafenarbeiter stehen im Streik für höhere Löhne. Angesichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten lehnten sie ein unzureichendes Angebot der Kapitalisten ab und begannen mit Kampfmaßnahmen. Im Streik stehen auch die Beschäftigten der staatlichen Fluggesellschaft SAS und 500 Kollegen der Gesellschaft „Linje Flug". Sie fordern ebenfalls höhere Löhne.

ENGLAND

In den ersten Monaten dieses Jahres haben die englischen Studenten ihren Kampf gegen die Maßnahmen der britischen Regierung auf dem Gebiet des Bildungswesens noch mehr verstärkt. Über 800.000 Schüler und Studenten des Landes nahmen an Kundgebungen und Demonstrationen teil, die aus Protest gegen den Beschluß zur Verfünffachung des Schulgeldes organisiert wurden. Allein in London beteiligten sich 16.500 Studenten an einem Marsch gegen die Schulgelderhöhung. Kennzeichnend ist, daß sich den Studenten auch eine große Zahl von Arbeitern der verschiedenen Wirtschaftszweige angeschlossen hat. So streikten etwa 30.000 Werktätige des öffentlichen Dienstes in Schottland gegen die Beschlüsse der Regierung zur Verringerung der finanziellen Mittel für das Bildungswesen und die öffentlichen Dienstleistungen.

Rhodesischer Überfall auf Mosambik

Neue Aggression der Rassisten

Mit Bodentruppen und Kampfflugzeugen rückten sie vor: Einheiten des rhodesischen Rassisten-Regimes überschritten die Grenze und fielen in das Nachbarland Mosambik ein. Im Gegensatz zu früheren Überfällen stießen sie weit ins Land vor und besetzten die Stadt Mapai. Dabei kam es zu heftigen Gefechten mit den bewaffneten Kräften Mosambiks.

Diese unverschämte Aggression hat nicht nur bei den afrikanischen Völkern Wut und Empörung hervorgerufen. Die im Kampf für ihre vollständige Befreiung stehenden Völker im südlichen Afrika finden heute breite Unterstützung. Gegen sie richtete sich die brutale Aggression der Rassisten. Unverhüllt hatte ihr Chef Smith den Überfall damit zu rechtfertigen versucht, daß Mosambik den Patrioten von Simbabwe Hilfe gewährt. Wie alle Reaktionäre, so maßen sich auch die rhodesischen Rassisten an, sogenannte „Strafexpeditionen" überall da durchzuführen, wo es ihnen beliebt. Damit bezwecken sie vor allem ihre Stärke zu zeigen, sich den Anschein zu geben, als seien sie die Herren der Lage.

Aber wen können sie schon damit beeindrucken? Die Patrioten von Simbabwe nannten den Überfall der Rassisten treffend „das letzte Zucken eines verreckenden Pferdes". Denn sie und nicht die weißen Reaktionäre oder ihre Hintermänner in Washington haben das Gesetz des Handelns in der Hand. So zeigten sich auch nur die Imperialisten „beunruhigt". Der amerikanische Außenminister Vance und sein britischer Kollege Owen steckten auch gleich die Köpfe zusammen und begannen neue Pläne auszuhecken. Aber es war nicht die Sorge um die Völker von Simbabwe und Mosambik, die sie dazu trieb. Es war die Sorge um ihre eigenen imperialistischen Interessen. So fanden sie zwar scheinheilige Worte der Verurteilung des Überfalls, aber nur, um wieder ihren sogenannten „Friedensplan" anzupreisen, um sich wieder einmal den Völkern des südlichen Afrika als „Vermittler" aufzudrängen.

Aber die amerikanischen Imperialisten und ihre britischen Verbündeten, sie sind alles andere als neutral. Denn ihr sogenannter „Friedensplan" ist nur ein Manöver, das die Patrioten Simbabwes zur Kapitulation zwingen soll. Dieser Plan besteht aus dem Versprechen der „Übergabe der Macht in die Hände der schwarzen Mehrheit", das in zwei Jahren erfüllt werden soll. Der Rassistenchef Smith hat, als er diesen Plan mit den amerikanischen und britischen Imperialisten aushandelte, zu verstehen gegeben, daß er die Kontrolle über Polizei und Armee, also über den Unterdrückungs- und Gewaltapparat, nicht aus der Hand geben würde. Die „Macht", die angeblich in die Hände der schwarzen Mehrheit gelegt werden soll, sie besteht aus nichts anderem als ein paar schwarzen Marionetten, die in die Regierung gehievt werden. Der springende Punkt ist jedoch, daß Smith und seine Hintermänner für dieses „Geschenk" von den simbabwischen Patrioten verlangen, daß sie sofort ihren bewaffneten Kampf gegen das Unterdrückerregime einstellen.

Damit entlarvt sich dieser „Friedensplan" als ein hinterhältiges Manöver, um das vom Volkskrieg stark angeschlagene Rassisten-Regime vor dem Untergang zu retten, um damit die amerikanische Kontrolle über diesen Teil Afrikas aufrechtzuerhalten und der amerikanischen Supermacht eine Bastion in ihrem Konkurrenzkampf mit den russischen Sozialimperialisten zu sichern. Die Patrioten Simbabwes aber wissen, und die neue Aggression gegen Mosambik hat sie darin nur bestätigt, daß sie ihre Befreiung niemals aus der Hand ihrer Todfeinde als Geschenk erhalten, sondern daß sie ihre Befreiung im bewaffneten Volkskrieg selbst erkämpfen müssen.

USA – Imperialisten gegen das Volk von Korea

Carter droht mit Atomschlag

Klappern gehört zum Handwerk, sagt ein Sprichwort. Und kaum jemand versteht sich so gut darauf wie der amerikanische Präsident Carter. Mit einem beispiellosen Trommelfeuer von heuchlerischen Menschenrechtsparolen, Friedensdemagogie und Bildsprüchen macht er Stimmung für eine angeblich ganz neue Etappe der amerikanischen Politik, die – wie er sagt – „darauf ausgerichtet ist, der Menschheit zu dienen".

Wie aber dieser Dienst an der Menschheit tatsächlich aussieht, das machte Carter jetzt deutlich, als er ganz unverblümt erklärte, im „Fall einer Aggression auf Südkorea" würde er Atomwaffen einsetzen. Und was die amerikanischen Imperialisten unter einer „Aggression" verstehen, die sie abwehren müssen, das hat gerade die blutige Geschichte ihres Krieges gegen die Völker Indochinas gezeigt: Das ist nichts anderes als die Gefährdung ihrer imperialistischen Interessen, der Kampf zur Abschüttelung des amerikanischen Jochs, das auf so vielen Völkern liegt. Diese unverhüllte Kriegsdrohung wirft ein bezeichnendes Licht auf die sogenannte neue Außenpolitik der Carter-Regierung.

Der Kampf für Menschenrechte? Da ist Carter gerne bereit, seine Vorgänger Nixon und Ford demagogisch zu verurteilen. Sie hätten „jeden Diktator mit offenen Armen aufgenommen", hätten deren „fragwürdige Prinzipien und Taktiken akzeptiert". Und wie steht es mit Carter selber? Ist nicht das Regime in Südkorea eine der blutrünstigsten faschistischen Diktaturen, die jede Regung des Volkes mit dem Militärstiefel zu unterdrücken versuchen? Natürlich, Carter und seine Leute, sie geben sich tief besorgt über die Lage in Südkorea. Aber man müsse eben, wie Außenminister Vance erklärte, „politische Bedenken in der Frage der Menschenrechte gegen wirtschaftliche und sicherheitspolitische Ziele abwägen".

Diese Ziele, das sind die Aufrechterhaltung der Ausplünderung der südkoreanischen Werktätigen durch die amerikanischen Monopole, die Sicherung Südkoreas als eines riesigen Militärstützpunkts im Ringen mit der russischen Supermacht um die Oberherrschaft über Asien als Basis für neue Aggressionen gegen die Völker dieser Region. Und es ist natürlich keine Frage, wie die amerikanischen Imperialisten da „abwägen". Es geht ihnen um die Aufrechterhaltung ihrer Oberherrschaft und die werden sie mit allen Mitteln verteidigen, wenn es sein muß mit Atomwaffen.

So ist Carter, der selbsternannte Friedensapostel, nur ein besonders gerissener Demagoge im Dienst der amerikanischen Monopolbourgeoisie. Das zeigt sich auch bei dem mit viel Propagandarummel angekündigten Abzug amerikanischer Truppen aus Südkorea. Zum einen handelt es sich dabei nur um eine Verminderung der Bodentruppen, während andere Teile der aggressiven amerikanischen Militärmaschine, vor allem die Luftwaffe in Südkorea stationiert bleiben. Zum anderen haben die USA-Imperialisten ihre Militärhilfe für das faschistische Regime drastisch erhöht und ihm neue Waffen wie Geschütze von schwerem Kaliber und Boden-Luft-Raketen zur Verfügung gestellt. Was ist das anderes als eine Fortsetzung der Nixon-Doktrin, Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen?

Die amerikanischen „Berater", die nach wie vor in Südkorea stationiert sind, sie sind die wirklichen Kommandeure der faschistischen Seouler Armee. Unter ihrem Kommando ist diese Armee ein Instrument der amerikanischen Imperialisten, mit dem sie das um nationale Befreiung, für die Wiedervereinigung mit dem Norden kämpfende Volk unterdrücken. Sie ist weiterhin, wie es schon beim Krieg gegen das vietnamesische Volk der Fall war, ein Werkzeug der amerikanischen Supermacht für ihre Aggressionen gegen andere Völker.

Und wenn die USA-Imperialisten ihre Bodentruppen in Südkorea verringern, so sind davon auch nicht diejenigen Einheiten betroffen, die sie unmittelbar südlich der Linie stationiert haben, die die Grenze zwischen den beiden koreanischen Staaten bildet. Denn diese Truppen unterstehen formell der UNO. Als die amerikanischen Imperialisten 1951 ihre Aggression gegen Korea begannen, in deren Folge das Land geteilt wurde, hatten sie den Überfall als UNO-Unternehmen getarnt und sie weigern sich bis heute, diese als „Friedensmacht der Vereinten Nationen" verkleideten Besatzertruppen abzuziehen.

Die Aufrechterhaltung der amerikanischen Oberherrschaft über Südkorea durch die weitere Aufrüstung des faschistischen Pak-Chung-Hee-Regimes, die Atombombendrohung Carters, all das zeigt, daß der amerikanische Imperialismus sein reaktionäres Wesen durch den Pferdewechsel in Washington nicht geändert hat. Nach wie vor ist er, wie die russische Supermacht, ein Todfeind der Völker und ihrer Freiheitsbestrebungen. Nach wie vor hält er sich mit Truppen und Militärstützpunkten in allen Teilen der Welt festgekrallt, im Bestreben, seine Herrschaft im Ringen mit dem russischen Sozialimperialismus zu verteidigen und zu erweitern. Nach wie vor sind die Wallstreet-Herren die Hintermänner der faschistischen Diktaturen und der rassistischen Regime von Chile bis Südkorea, von Südafrika bis Israel, haben sie diese Cliquen eingesetzt als Bluthunde zur Unterdrückung der von ihnen ausgeplünderten Völker.

Wenn die amerikanischen Imperialisten jetzt wieder laut vom Frieden tönen, so meinen sie damit ihren berüchtigten amerikanischen Frieden, den „Frieden" für die Unterdrückung und Versklavung der Völker. Aber ebenso wenig wie durch die sogenannten „Friedensinitiativen" eines Nixon oder Ford werden sich die Völker von den Predigten eines Carter davon abhalten lassen, nach dem Vorbild Vietnams und Kambodschas den bewaffneten Kampf für den Sturz der einheimischen Reaktionäre, für die Vertreibung der amerikanischen Oberherren zu verstärken.

VANGUARDIA OBRERA — Spanien

Bandeira Vermelha — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien — PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI! nuova unità

Griechenland — ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Japan

Weg mit dem US-japanischen Sicherheitsvertrag!

Am 19. Mai versammelten sich auf der japanischen Insel Okinawa 2.500 Arbeiter, Bauern, Lehrer und andere Werktätige zu einer machtvollen Kundgebung gegen den amerikanischen Imperialismus und die japanische Monopolbourgeoisie. Sie protestierten gegen die Verlängerung eines Gesetzes aus dem Jahre 1972 um weitere fünf Jahre, das es den amerikanischen Imperialisten erlaubt, in Japan Militärstützpunkte zu unterhalten und neue zu errichten, das es der japanischen Regierung jederzeit erlaubt, die Bauern zu enteignen, um das Land für „militärische Zwecke" zur Verfügung zu stellen.

Dieses Gesetz ist eines von vielen Gesetzen und Verträgen, die die militärische Besetzung Japans durch den amerikanischen Imperialismus und die enge Zusammenarbeit zwischen diesem und der japanischen Monopolbourgeoisie gegen das japanische Volk und die Völker Asiens regeln. Grundlage dieser konterrevolutionären Zusammenarbeit ist der sogenannte „japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag" aus dem Jahr 1960. Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag verkaufte die japanische Monopolbourgeoisie die nationalen Interessen des Landes, indem sie der militärischen Besetzung Japans durch den amerikanischen Imperialismus zustimmte.

Gleichzeitig verpflichteten sich die japanischen Imperialisten, die Aggressionen der amerikanischen Imperialisten gegen die Völker Asiens militärisch zu unterstützen. So sieht z. B. der Artikel 4 des Vertrages den Einsatz japanischer Truppen vor, „wenn Friede und Sicherheit im Fernen Osten bedroht sind". Spätestens der amerikanische Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas bewies, daß damit nichts anderes als die Unterdrückung des Freiheitskampfes der unterdrückten Völker Asiens gegen den USA-Imperialismus gemeint war. Im gleichen Vertrag heißt es auch, daß beide Länder ein Interesse an der Aufrechterhaltung von „Frieden und Ordnung" auf der koreanischen Halbinsel haben, also an der Aufrechterhaltung des faschistischen Lakaienregimes in Südkorea und der Planung von Aggressionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea.

Der „japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag" nützt aber nicht nur den amerikanischen Imperialisten. Dadurch, daß sich die japanischen Imperialisten vor den Kriegskarren Washingtons spannten, erhofften sie gleichzeitig die Verwirklichung ihrer eigenen imperialistischen Träume von einem „Großjapan", die Verwirklichung des im zweiten Weltkrieg schmählich gescheiterten Versuchs die Herrschaft des japanischen Imperialismus auf den ganzen Fernen Osten auszudehnen.

So wurde der japanische Militarismus mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus wieder aufgepäppelt und die Vertreter der japanischen Monopolbourgeoisie gaben schon bald wieder unverhüllte, kriegshetzerische Erklärungen ab. So behauptete z. B. der japanische Außenminister Kiichi Aichi 1971 unverfroren: *„Taiwan hat seit langem zu Japan gehört. Die Frage des Eigentumsrechts an Taiwan ist noch lange nicht entschieden worden."* Zug um Zug wurde die japanische Armee wieder aufgerüstet.

Die Farce von der „Rückgabe" Okinawas

Am 15. Mai 1972 traten die USA-Imperialisten die administrative Hoheit, die sie seit dem zweiten Weltkrieg über die Okinawa-Inseln ausgeübt hatten, an die japanischen Imperialisten ab. Um die „Rückgabe" Okinawas wurde ein großer Wirbel veranstaltet und die amerikanischen Imperialisten behaupteten, auf alle „Rechte und Interessen" auf den Inseln zu verzichten. In Wirklichkeit war das aber nur ein Schwindel, denn die japanischen Imperialisten sicherten den USA-Imperialisten auf „unbestimmte Zeit" Militärstützpunkte auf Okinawa zu.

Das gleiche Recht garantierten sie den amerikanischen Imperialisten auch in ganz Japan, so daß die angebliche Rückgabe Okinawas in Wirklichkeit gleichbedeutend mit der militärischen Besetzung Japans durch die Truppen der USA war. „Volksstern", das Zentralorgan der KP Japans (Linke), schreibt deshalb in seiner Ausgabe vom 14. Mai dieses Jahres: „Das war nichts als ein großangelegter Versuch der amerikanischen Imperialisten und der japanischen Reaktionäre, um unter dem Schlagwort von der ‚Rückgabe' ganz Japan einschließlich Okinawas in eine vollkommene, ständige Kriegsbasis an der asiatischen Front zu verwandeln."

Washingtons Griff wird fester

In den vergangenen Jahren und besonders nach dem historischen Sieg der Völker Indochinas hat sich der amerikanische Imperialismus immer stärker in Japan festgekrallt. Über 50.000 amerikanische Besatzungssoldaten sind dort stationiert. Auf japanischem Boden lagern zahlreiche Atombomben und Atomraketen. Die Okinawa-Inseln sind der größte US-Stützpunkt außerhalb Amerikas. Im Juli des vergangenen Jahres wurde sogar die Gründung eines gemeinsamen „Verteidigungsausschusses" beschlossen, der praktisch die Aufgaben eines vereinigten Generalstabes der amerikanischen Besatzerarmee und der japanischen Truppen wahrnimmt.

Besonders deutlich wurde die enge Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen Imperialisten und der japanischen Monopolbourgeoisie nach dem Machtantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Carter. Schon im März empfing er den japanischen Ministerpräsidenten Fukuda in Washington. Seitdem haben die Treffen zwischen hohen Repräsentanten beider Staaten praktisch nicht aufgehört. Carter wurde nicht müde, die „besondere Rolle" Japans im Fernen Osten hervorzuheben und pries den „Sicherheitsvertrag" als „fest und unerschütterlich". Carter forderte außerdem eine stärkere Aufrüstung der japanischen Armee, was, wie Fukuda betonte, ebenfalls im Interesse der japanischen Monopolbourgeoisie liegt.

Als Aggressionsbasis gegen den Befreiungskampf der Völker Asiens und die Volksrepublik China, als Stützpunkt und Vorposten gegen den sowjetischen Sozialimperialismus ist Japan für den amerikanischen Imperialismus heute noch wichtiger geworden.

„Yankee go home!"

Die Volksmassen Japans haben allerdings kein Interesse an der Besetzung Japans durch den amerikanischen Imperialismus. Sie wollen nicht das Kanonenfutter der Weltherrschaftsambitionen der profitgierigen Wallstreet-Monopole sein. Sie wollen nicht noch einmal für die japanischen Imperialisten in einen Krieg gegen die Völker Asiens ziehen. Sie wissen, daß ihr Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die japanische Monopolbourgeoisie sich auch unweigerlich gegen die amerikanischen Imperialisten richten muß, die die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung in Japan mit brutaler Gewalt verteidigen werden, wenn ihre Grundfesten unter dem Ansturm des revolutionären Kampfes der Volksmassen erschüttert werden.

Die japanischen Volksmassen haben deshalb von Anfang an erbitterte Kämpfe gegen die amerikanischen imperialistischen Besatzer und die Monopolbourgeoisie des eigenen Landes geführt. Millionen von Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen forderten 1960: „Weg mit dem Sicherheitsvertrag!" Nur durch den Einsatz der Polizei und mit brutaler Gewalt gelang es damals der japanischen Regierung den Pakt überhaupt durchzusetzen. 1972 traten die Werktätigen Okinawas in den Generalstreik, um den Abzug der amerikanischen Besatzer zu erzwingen. Überall im Land solidarisierten sich die Arbeiter mit diesem Kampf und führten Streiks und machtvolle Demonstrationen durch.

1974 wurde der amerikanische Präsident Ford von Millionen demonstrierender Werktätiger empfangen, die ihn aufforderten, sich aus Japan herauszuscheren und seine Truppen mitzunehmen. Und auch in den ersten Monaten dieses Jahres fanden auf Okinawa und in anderen Teilen Japans immer wieder Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen die amerikanischen Besatzer statt. Dieser gerechte Kampf des japanischen Volkes gegen die amerikanischen Besatzer wird von der KP Japans (Linke) nach allen Kräften unterstützt.

Die modernen Revisionisten dagegen und ihr Häuptling Miyamoto versuchen diesen Kampf nicht nur zu sabotieren und abzuwiegeln, sondern befürworten sogar offen die Präsenz der amerikanischen Besatzer in Japan. So stimmten sie am 19. Mai im japanischen Parlament nicht einmal gegen die Verlängerung des Gesetzes über die Enteignung zu militärischen Zwecken, sondern enthielten sich der Stimme und stimmten damit praktisch dem Gesetz zu.

Auch die japanischen Sozialchauvinisten, die ähnlich wie bei uns die Gruppe Rote Fahne mit der Behauptung, der „sowjetische Sozialimperialismus sei der Hauptfeind des japanischen Volkes" auftreten, erklären den „japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag" für „nützlich". Aber auch die revisionistischen und opportunistischen Verräter werden den Kampf der japanischen Volksmassen nicht zum Erliegen bringen können.

In ihrer Grußadresse an den III. Parteitag unserer Partei erklärte unsere japanische Bruderpartei: **„Die KP Japans (Linke) hat diese opportunistischen und sozialchauvinistischen Strömungen in Einheit mit der japanischen Arbeiterklasse und den werktätigen Massen konsequent bekämpft. Unsere Partei ist fest entschlossen, den Kampf gegen diese neu entstandene opportunistische Strömung zu Ende zu führen und ihn zu verbinden mit dem Kampf zum Sturz der Herrschaft des US-Imperialismus und der japanischen Monopolbourgeoisie und dem Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und die revisionistische Miyamoto-Clique."**

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Spanien!

Am 15. Juni wird in Spanien eine Wahlfarce stattfinden, von der das monarcho-faschistische Regime, der Imperialismus und Sozialimperialismus, die revisionistische Carrillo-Clique und die Sozialisten Felipe Gonzales behaupten, sie bringe den Völkern Spaniens „Freiheit und Demokratie".

„Aber die Wahrheit ist", schreibt „Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der KP Spaniens/ML am 25. Mai, „daß die Völker Spaniens weiterhin ohne die elementarsten Freiheiten und Rechte sind, wie die der Vereinigung, der Rede, der Versammlung und Demonstration und des Streiks, und daß außerdem Dutzende von politischen Gefangenen weiterhin in den Kerkern der Monarchie eingesperrt sind."

Um der faschistischen Monarchie die demokratische Maske vom Gesicht zu reißen und die Revolutionäre aus den faschistischen Gefängnissen zu befreien, ruft das Ständige Komitee der FRAP alle revolutionären Kräfte und Parteien innerhalb und außerhalb Spaniens auf, den Kampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu unterstützen. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Entgegen dem Eindruck, den eine maßlose internationale Kampagne der ideologischen Vergiftung zu erwecken versucht, hat die Regierung ‚seiner Majestät' keine anderen Absichten, als die öffentliche Meinung in der Vorwahlzeit zu beruhigen, indem sie tropfenweise einige Gefangene herausläßt (der größte Teil von ihnen sind weder ganz frei noch amnestiert, sondern nur bedingt auf freien Fuß gesetzt und erwarten ihren politischen Prozeß) und diejenigen im Gefängnis läßt, die von den Kommissionen zur ‚Förderung der Amnestie' als die ‚besten Kämpfer gegen die Diktatur' bezeichnet werden, ‚die in den härtesten Etappen des Franco-Regimes verhaftet wurden'.

Unter diesen befinden sich: Fernando Sierra Marcos, Concepcion Tristan Lopez, Fernando Proenza Gonzales, Angel Gonzales Garcia, Lorenzo Jurado Perez, Daniel Nicolas Panisello, Rafael Pellicer Oliveros, Manuel Canaveras de Gracia, Pablo Mayoral Rueda, Vladimiro Fernandez Tovar, Maria Jesus Dasca Panellas und Manuel Blanco Chivite — allesamt verhaftet und gefoltert unter der Rechtfertigung des ‚Antiterrorismus'-Gesetzes von 1975. Im Gefängnis sind ebenfalls mehrere Dutzend baskische politische Gefangene und eine unbekannte Anzahl von Antifaschisten, von den Hunderten, die bei den Demonstrationen am 14. April und am 1. und 2. Mai verhaftet wurden.

Aus allen diesen Gründen wendet sich das Ständige Komitee der FRAP heute an alle revolutionären und demokratischen Kräfte und Parteien, an die gesamte nicht mit dem monarcho-faschistischen Regime verbundene Presse, an die Komitees zur Unterstützung des republikanischen und Volksspaniens, an die ganze antifaschistische Öffentlichkeit und ruft sie auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln für

— die sofortige Freilassung aller antifaschistischen politischen Gefangenen, die heute als Geiseln der Regierung der Monarchie in den Gefängnissen sind;

— die Entlarvung der für den 15. Juni angesetzten Wahlfarce, die zum Ziel hat, den jetzigen Zustand in unserem Land zu legitimieren und die Diktatur des Finanzkapitals und des US-Imperialismus über Spanien in der Form einer scheinparlamentarischen und scheinkonstitutionellen Monarchie zu konsolidieren."

Zwei Führer der KP(ML) Argentiniens verhaftet

Am 24. April gelang es der argentinischen Armee, zwei Führer der Kommunistischen Marxistisch-Leninistischen Partei Argentiniens, die Genossen Roberto Cristino und Ruben Kritscanski zu verhaften. Es muß damit gerechnet werden, daß das faschistische Regime des Diktators Videla die beiden Genossen nicht nur brutal foltert, sondern sie auch ermordet. Seit ihrer Machtergreifung am 24. März des vergangenen Jahres hat die faschistische Generalsjunta bereits über 7.500 Patrioten, darunter 20 Genossen der KP (ML) Argentiniens, umgebracht.

Die KP (ML) Argentiniens ruft uns auf, den Kampf für die Freilassung der beiden Genossen zu unterstützen. Ihr könnt das tun, indem ihr Protestbriefe an die argentinische Botschaft in der Bundesrepublik schickt.

Die Anschrift lautet:
Botschaft der Republik Argentinien
53 Bonn-Bad Godesberg.

Die Genossen Roberto Cristino und Ruben Kritscanski gehören zu den Gründungsmitgliedern der Partei. Roberto Cristino war einer der Führer der Arbeiter in Cordoba, die am 29. Mai 1969 die Grundfesten des damaligen Regimes durch ihre machtvollen Streikaktionen und Kampfdemonstrationen erschütterten. Genosse Ruben Kritscanski wurde in den sechziger Jahren zu einem der Führer der revolutionären Studentenvereinigung Argentiniens gewählt.

Freiheit für Roberto Cristino und Ruben Kritscanski!

Tod der faschistischen argentinischen Diktatur!

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Kommt zu den Pressefesten des 'Roten Morgen'!

Jetzt erst recht!

Mit allen Mitteln versucht die Bourgeoisie in Hamburg zu verhindern, daß die Hamburger Werktätigen das Pressefest des „Roten Morgen“ besuchen können! Zunächst erklärte das zuständige Bezirksamt in Hamburg-Harburg, die Partei würde die für das Pressefest vorgesehene „Friedrich-Ebert-Halle“ nur bekommen, wenn aus dem Symbol der Partei, dem Zeichen von Hammer, Sichel und Gewehr, das Gewehr entfernt würde. Mit einem verstümmelten Parteisymbol ein Pressefest des „Roten Morgen“ durchführen? Noch dazu ausgerechnet in der Stadt, in der die Hamburger Marxisten-Leninisten unter Führung des Genossen Ernst Aust den ersten „Roten Morgen“ herausgaben? So weit kommt's noch. Natürlich lehnte die Partei das strikt ab. Das Bezirksamt Hamburg-Harburg mußte aufgrund einer Einstweiligen Verfügung, die die Partei erwirkte, dieses Ansinnen zurücknehmen.

Als auf diesem Weg nichts zu erreichen war, versuchte es das Bezirksamt auf dem gleichen Weg, mit dem auch die Stadt Ludwigshafen der Partei die Halle für die öffentliche Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag vermiesen wollte (die übrigens auch „Friedrich-Ebert-Halle“ heißt). Nur noch dreister. Das Bezirksamt Harburg verlangte nämlich den Abschluß einer „Tumultversicherung“, die nicht nur Beschädigungen der Halle durch irgendwelche Rowdies, sondern auch für Schäden in den umliegenden Straßen aufkommen sollte. Natürlich läßt sich keine Versicherung auf so etwas ein. Als „Alternative“ bot das Bezirksamt der Partei an, daß sie — unter den gleichen Bedingungen — mit einer Bankbürgschaft von 650.000 DM für evtl. Schäden haften solle. Gegen diese Forderung, die natürlich ebenfalls absolut unakzeptabel ist, kann erst am Montag vor dem Pressefest mit einer einstweiligen Verfügung vorgegangen werden. Selbst wenn die Sache dann positiv für die Partei entschieden ist, hat das Bezirksamt immerhin erreicht, daß es viel zu spät geworden ist, um das Pressefest am Samstag noch bei allen Hamburger Werktätigen anzukündigen. Deshalb hat sich die Partei entschlossen, das Pressefest um eine Woche zu verschieben. Es wird entweder in der „Friedrich-Ebert-Halle“ stattfinden oder im „Curio-Haus“ an der Rothenbaumchaussee.

Nähere Angaben sind im Parteibüro zu erfragen.

Unsere Meinung dazu: Wer sind wir denn, daß wir uns durch solche Schikanen die Teilnahme an einem Pressefest verbieten lassen! Jetzt erst recht: Auf zum Pressefest des „Roten Morgen“ in Hamburg!

Wir laden alle Freunde des „Roten Morgen“ herzlich ein, die Pressefeste anläßlich des 10jährigen Bestehens des Zentralorgans der KPD/ML zu besuchen. Am 11. Juni finden die Pressefeste in Dortmund, Westberlin und Frankfurt statt, am 18. Juni in Stuttgart und in Hamburg. Es wird eine Rede über die Geschichte und die Bedeutung des „Roten Morgen“ gehalten, davor und danach wird für reichhaltige Unterhaltung durch Ausstellungen, Filme, Volksmusik usw. gesorgt. Im folgenden ein Ausschnitt aus dem Programm der Pressefeste.

Aus dem Programm

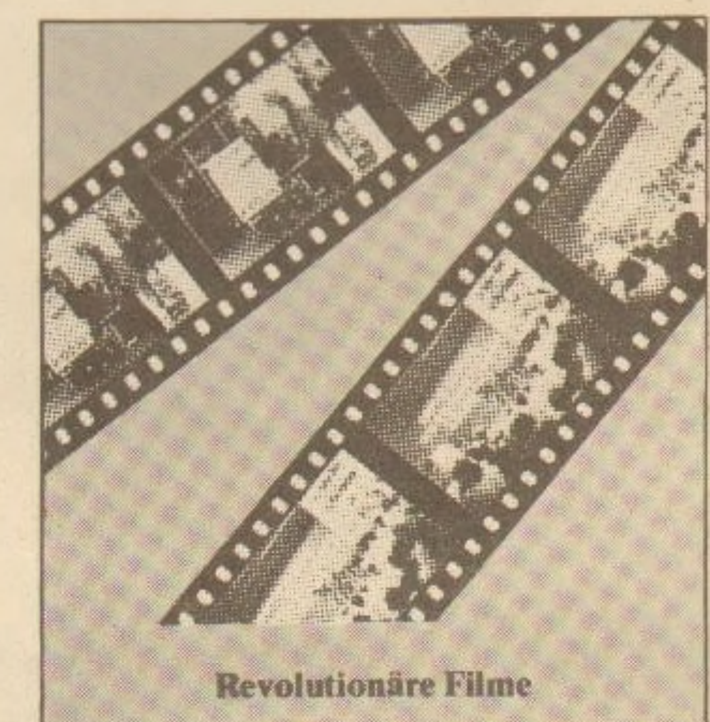
- **Rede zur Geschichte und Bedeutung des „Roten Morgen“.** Es sprechen unter anderem Genosse Ernst Aust (Dortmund und Stuttgart) und Genosse Gernot Schubert (Hamburg)
- **Informationsecke** mit einem Redakteur des „Roten Morgen“. Hier kann man alle Fragen, die man zum „Roten Morgen“ hat, mit dem Genossen besprechen
- **Ausstellung „10 Jahre ‚Roter Morgen‘ “,** seine Geschichte, seine Herstellung, seine Aufgaben, auf 12 großen Tafeln. Rechts das Bild zeigt Genossen bei der Herstellung der Ausstellung
- **Volkstänze, Volksmusik.** Es werden Tänze, Lieder vorgeführt, ebenso Sketsche, und es wird gemeinsam gesungen
- **Filmvorführungen.** Gezeigt werden der Dokumentarfilm „Es lebe der III. Parteitag der KPD/ML“, der Agitprop-Film „Rote Raketen“, der Film über den Kampf zur Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi und weitere revolutionäre Filme
- **Unterhaltung:** Wurfbuden, Tauziehen, Fußballspiel, Hau den Lukas, Malwettbewerb, Portraitzeichnen, Fragespiel, „Roter-Morgen“-Quiz; zum Ausklang der Pressefeste Tanz.
- **Tombola** mit vielen Preisen
- **Kinderprogramm:** Luftballons bemalen und steigen lassen, Puppenspiel, Spiele und Wettkämpfe
- **Wettbewerbe:** Auszeichnung der Gewinner des Artikel- und des Plakatwettbewerbs des „Roten Morgen“


Die Ausstellung „10 Jahre ‚Roter Morgen‘ “ wird vorbereitet


Die Volkstanzgruppe der Roten Garde Dortmund bei der Probe


Die Musikkapelle aus Dortmund und Bochum probt für das Pressefest


Ein Roter Pionier bastelt Preise


Revolutionäre Filme

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!



Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35. **Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.**

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr. Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen“ Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do. 9-13 Uhr und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18,30 Uhr, Sa. 9-13

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.